

Der Heimatsdienst

Danzig

gesamte Bevölkerung begrüßte am 23. Juni
1932 aufs herzlichste den deutschen Kreuzer-
„Schlesien“, der mit zwei Torpedobooten in
den Danziger
Hafen einlief.



Der Reichshaushalt und seine Vorgänger

Von Ministerialdirektor Dr. Döcker

Im Gegensatz zum Vorjahre ist es in diesem Jahre nicht gelungen, vor Beginn des Rechnungsjahres den Reichsetat parlamentarisch zu verabschieden. Es war aus diesem Grunde bisher die Haushaltsführung zunächst provisorisch bis zum 30. Juni 1932 durch Notverordnung geregelt worden, in der Erwartung, bis dahin dann den Etat durch den Reichstag verabschieden zu lassen. Die Auflösung des Reichstages hat eine solche Verabschiedung unmöglich gemacht. Die Reichsregierung fand nunmehr vor der Wahl, durch eine neue Notverordnung ein nochmaliges Provisorium zu schaffen und die

enbälligte Regelung durch einen später vom Reichstag festzusetzenden Reichsetat abzumachen oder aber selbst einen Plan nach Art eines Reichsetats für das ganze Jahr aufzustellen und den Herren Reichspräsidenten die Intraffaktion im Wege der Notverordnung vorzuschlagen. Sie hat sich zu dem letzteren Wege entschlossen, weil es ihr bei unserer angespannten Finanzlage nicht

vertretbar erschien, fast während des ganzen Jahres ohne festen Plan zu wirtschaften. Denn zu nächst vergeht noch geraume Zeit, bis der neue Reichstag gewählt und zusammengetreten sein wird. Dann erfordern aber erlahrungs-gemäß die Stat-berathungen im Reichstag auch noch etwa zwei Monate, so daß also mit der Verabschiedung erst im Spätherbst gerechnet werden konnte. Es ist daher vorde-rhältlich einer späteren Festsetzung durch Gesetz jetzt ein Plan für die Wirtschaftung der Reichseinnahmen und Reichsausgaben für das ganze Jahr durch Notverordnung verflündet worden. — Während die

1930 ein-schließlich der Steuerüberweisungen an die Länder 11,9 Milliarden RM. und 1931 9,4 Milliarden RM. betragen haben, sind sie für 1932 nur in Höhe von 8,2 Milliarden RM. vorgesehen. Sie sind also von 1930 bis 1932 um rund 3,7 Milliarden RM. gleich um etwa 31 v. H. zurückgegangen. Der Ausgabenrückgang verteilt sich auf folgende größere Posten: auf die Reparationsläsen mit rund 1,7 Milliarden RM., auf die Steuerüberweisungen an die Länder mit rund 0,9 Milliarden RM., auf die Reichsausgaben mit rund 1,1 Milliarden RM.

Die für 1932 vorgesehenen Ausgaben sind insbesondere folgende: Steuerüberweisungen an die Länder 214 Mill. RM., Polizeifolien-zufuß an die Länder 190 Mill. RM., Kriegsbeschädigtenrenten umf. 117 Mill. RM., für die Invalidenversicherung rund 400 Mill. RM., für die knappschaftliche Pensionsversicherung 95 Mill. RM., für die Arbeitslosenfürsorge rund 920 Mill. RM., Personalbezüge der Beamten, Angestellten und Arbeiter des Reichs 490 Mill. RM., Pensionen und Wartegelder 263 Mill. RM., Bezüge der Soldaten der Wehrmacht 210 Mill. RM., sächliche Ausgaben der Wehrmacht

427 Mill. RM., außerordentliche Schuldentilgung 420 Mill. RM., Ablösung der Markanleihen 287 Mill. RM., Deringierung der Reichsschuld 210 Mill. RM., landwirtschaftliche Zielung 20 Mill. RM., vorläufige Keinsilbung 45 Mill. RM., innere Kriegslasten einstel. Opfбиле 525 Mill. RM., äußere Kriegslasten 145 Mill. RM., für alle übrigen Reichsausgaben rund 600 Mill. RM. — Hieron sind alle sonstigen sächlichen Ausgaben für die Verwaltun., für Wasserstraßen, für Kunstfahr., für Wirtschaft und Verkehr usw. zu be-zurechnen. Für die Kosten der bevorzuehenden Reichstagswahl sind 2,2 Mill. RM. ange-
Schließlich ist noch zu erwähnen, daß zum Zweck des Ausgleichs mit den erwarteten Einnahmen ein sogenannter Globalabstrich in Höhe von 110 Mill. RM. eingestellt ist. Er bedeutet, daß von den vorgesehenen Ausgaben im Verwaltungswege ins-gesamt noch diese Summe eingepart werden muß.

Nach Abzug der durchlaufenden Posten und nach Ab-zug der Verwaltun-gseinnahmen be-an-spruchen von dem sogenannten Zu-schlagbedarf: die so-zialen Ausgaben (Sozialversicherung, Arbeitslosenfür-sorge) über 28 v. H., die Kriegsbeschädig-tenrenten, Rubelge-der usw. über 26 v. H., die Reichsschuld 23 v. H., die Heer und Marine über 13 v. H., alle übrigen Reichsaus-gaben noch nicht 16 v. H.

Die Einnah-men sind ebenfalls mit rund 8,2 Mill. RM. geschätzt und decken damit nach dem Plan die vor-gesehenen Ausgaben ab. Sie entfallen: auf Steuern und Zölle mit rund 7460 Mill. RM., auf Ab-lieferung der Reichs-post mit 259 Mill. RM., auf Münz-prägung 107 Mill. RM., auf Erlös aus

Verkauf von Reichsbahnvorschußgatsen 100 Mill. RM., auf Beitrag der Reichsbahngelellschaft zu den äußeren Kriegslasten 70 Mill. RM., auf sonstige Verwaltungseinnahmen 230 Mill. RM.

Die Steuern und Zölle sind gegenüber dem Vorjahre um rund 700 Millionen RM. niedriger geschätzt. Von den wichtigsten Steuern und Zöllen sind geschätzt:

Einkommensteuer	.. auf 1650 Mill. RM., geg. das Vorjahr weniger 21 v. H.
Körperschaftsteuer	.. 120 60 ..
Kriegsteuer	.. 140 57 ..
Verkehrssteuer	.. 280 19 ..
Kraftfahrzinssteuer	.. 198 22 ..
Beförderungsteuer	.. 208 24 ..
Tabaksteuer	.. 775 15 ..
Biersteuer	.. 500 .. 920 35 ..
Spiritusmonopol	.. 150 35 ..
Zölle	.. 1140 5 ..
Umsatzsteuer	.. 1820 mehr 86 ..



Die Erhöhung der Schätzung der letzten Steuer erklärt sich aus der mit Wirkung vom 1. Januar 1932 ab erfolgten Erhöhung des Steuerjahres von 0,85 auf 2 v. H. Außerdem ist neu eingestuft die Salzsteuer mit 40 Mill. RM. — Die für die Haushaltsführung entscheidende Frage ist nun die, ob alle diese Schätzungen an die wirklich im Laufe des Jahres aufkommenden Einnahmen und zu leistenden Ausgaben so nahe herankommen, daß damit ein dauerhafter Ausgleich erzielt ist. Dagegenwärtig man sich die Entwicklung des abgelaufenen Rechnungsjahres, so muß das mit einem starken Fragezeichen versehen werden. Auch vor einem Jahre glaubte man, einen dauerhaften Haushaltsausgleich herbeizuführen, und mußte trotzdem das ganze Jahr hindurch immer wieder neue Maßnahmen ergreifen, um das Budgetgleichgewicht herbeizuführen. Trotz wiederholter Steuererhöhungen, trotz mehrfacher Gehaltskürzungen und sonstiger Sparmaßnahmen hat das vergangene Jahr im ordentlichen Haushalt mit einem Fehlbetrag von rund 450 Mill. RM. abgeschlossen, und das, obwohl gegenüber den in den ursprünglichen Etat eingetragenen Reparationszahlungen durch das Hoover-Festjahr eine Ausgabenersparnis von 252 Millionen RM. und durch verfallte Silberprägung eine ursprünglich nicht vorgesehene Einnahme von rund 360 Millionen Reichsmark erzielt werden konnte. Weiter sind durch Vorverlegung von Steuerterminen und teilweisen Übergang zur monatlichen Steuerorauszahlung und durch Zahlung der Beamtengehälter in Halbmonatsraten vorhandene Reserven ausgeschöpft worden. Hält man sich dies nüchtern vor Augen, so muß man mit der Möglichkeit rechnen, daß der Ausgleich auch in diesem Jahre nicht durchzuführen wird, und muß sich zeitig darauf einstellen. Das ist übrigens eine Tatsache, die nicht allein Deutschland, sondern die ganze Welt zu spüren bekommt. In allen Ländern hat sich die Unmöglichkeit ergeben, in den Krisenzeiten einen dauerhaft ausgeglichenen Etat zu erreichen.

Vergleicht man nun einmal die Reichsausgaben 1932 mit denen früherer Jahre, so ergibt sich nach der Finanzstatistik für den reinen Finanzbedarf (Ausgaben nach Abzug der durchlaufenden Posten) des Reichs und einiger Länder die auf dem Schaubilde dargestellte Veränderung.

Der sogenannte Behördenaufwand der Reichsoberverwaltungen (sämtliche persönlichen und sächlichen Verwaltungsausgaben einschließlich der Pensionen) hat sich in den gleichen Jahren wie folgt entwickelt:

Er ist also jetzt gegenüber dem Höchstjahre 1928 um 22 v. H. 1926 719, 1928 842, 1930 803, 1931 720, 1932 654 Millionen RM.

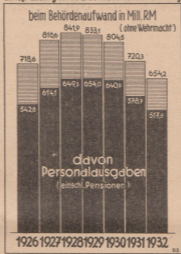
Er ist also jetzt gegenüber dem Höchstjahre 1928 um 22 v. H. 1926 719, 1928 842, 1930 803, 1931 720, 1932 654 Millionen RM. gegenfort worden. Die Senkung beruht in erster Linie auf den drei Gehaltskürzungen. Aber auch die sächlichen Ausgaben sind stark zurückgefahren worden. Sie betragen nach der Rechnung 1928 195 Millionen und sind für 1932 nur mit 137 Millionen angesetzt, also um 30 v. H. gesunken.

Am Vergleich mit dem Jahre 1915, nach den Ergebnissen der Reichsfinanzstatistik, ergibt sich ohne Berücksichtigung der Geldunterschiede folgende Gegenüberstellung für das Reich (vgl. auch das Schaubild auf der Vorderseite):

	1913	1932	1932 ±
	in Millionen RM.		
Reiner Finanzbedarf	2 576	5 924 ¹⁾	+3 548
Sieht man hiervon die insbesond. durch den Krieg gegenüber 1913 meist entfallenden Ausgaben ab, u. zwar			
äußere Kriegsausgaben . . .	—	512	+ 512
innere „ „	—	307	+ 307
Kriegsverforgung . . .	63	1 513	+ 1 250
Zusammen:	2 513	3 992	+ 1 479

¹⁾ Nach Abzug des bereits genannten Globalbetrags von 110 Mill. 5814.

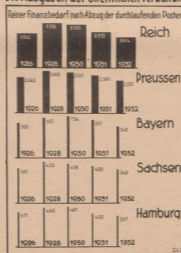
Einparungen in der Reichsverwaltung



ausgaben, so z. B. infolge Übernahme der Steuerverwaltung auf das Reich, Zahlung von Polizeifortenschriften an die Länder usw. Im einzelnen ergibt sich folgendes Bild:

	1913	1932	1932 ±
	in Millionen RM.		
Wehrmacht einschl. Verforgung	1 822	766	-1 056
Polizeifortenschriften	—	192	+ 192
Finanzverwaltung	—	78	+ 78
Wirtschaft und Verkehr	60	358	+ 298
Wohnungswesen	—	5	+ 5
Bildungswesen	—	4	+ 4
Allgemeine Verwaltung einschl. Rechtspflege	4	26	+ 22
Kolonien	—	35	+ 35
Zusammen	2 035	1 966	- 69
dazu Globalbeträge	—	110	+ 110
Verbleiben	2 035	1 856	- 179

Die Ausgaben der öffentlichen Verwaltung



	1913	1932	1932 ±
	in Millionen RM.		
Übertrag:	2 513	3 992	+ 1 479
Schuldendienst (insbesondere durch Reparationsanleihen und Aufwertung der Kriegsanleihen verurteilt)	218	535	+ 315
Wohlfahrtslasten (verursacht insbesondere durch die Kapitalvermehrung infolge Inflation)	60	1 493	+ 1 433
insgesamt ab	341	3 958	+ 3 617
zu verbleiben	2 035	1 966	- 69

Für alle übrigen Aufgabengebiete gibt also hiernach das Reich bereits weniger aus als im Jahre 1913, und zwar, wenn man den auf die einzelnen Ausgabenmittel noch nicht aufgeteilten Globalbetrag von 110 Millionen RM. zu obigen rund 70 Millionen hinzurechnet, rund 180 Millionen Reichsmark. Bei diesen Aufgabengebieten ergeben sich gegenüber 1913 teilweise starke Minderausgaben, z. B. bei der stark verkleinerten Wehrmacht, aber auch Mehr-

	1913	1932	1932 ±
	in Millionen RM.		
Verwaltung infolge der geringeren Kosten für unsere nach dem Verfallter Vertrag stark eingeschränkte Wehrmacht und infolge Verlustes der Kolonien steht also eine fast gleich hohe Teufelsgeld bei den übrigen Aufgabengebieten gegenüber. Die Einparungen im Laufe des Jahres fallen aber auch hier noch Ausgaben gedroht werden.			

Die Entlastung infolge der geringeren Kosten für unsere nach dem Verfallter Vertrag stark eingeschränkte Wehrmacht und infolge Verlustes der Kolonien steht also eine fast gleich hohe Teufelsgeld bei den übrigen Aufgabengebieten gegenüber. Die Einparungen im Laufe des Jahres fallen aber auch hier noch Ausgaben gedroht werden.

Der angezeigte Verbleich ist naturgemäß nur ein sehr roher und läßt eindeutige Rückschlüsse nicht zu. Er ist angefertigt, um in großen Zügen die Ausgabenentwicklung vor und nach dem Kriege zu zeigen. Die üblichen Vergleiche zeigen mit Eindringlichkeit, daß die Zurückführung der Reichsausgaben auf den Stand der rückläufigen Reichseinnahmen sich nicht so vollziehen kann, wie wir wohl alle möchten, nämlich ohne fühlbare Opfer für alle.

Das deutsche Volk ist ein armes Volk geworden. Es wird in seinen öffentlichen Ausgaben sich noch weiter dem anpassen müssen, was die über uns und die übrige Welt hereinbrechende Krise verlangt. Diese Anpassung wird insbesondere auch durch organisatorische Maßnahmen in Reich, Ländern und Gemeinden erfolgen müssen, weil die wesentlich gesunkene Steuerkraft einen Verwaltungsapparat im bisherigen Umfang nicht mehr tragen kann.

Welches Land gibt am wenigsten aus?

Von Dr. Arnold Brecht, Ministerialdirektor, Stells. Bevollmächtigter zum Reichsrat.

Diese Frage ist leichter gestellt als beantwortet.

Man kann förmlich alle öffentlichen Ausgaben in einem Lande — also die Ausgaben des Gesamtstaates, der Gliedstaaten, der Gemeinden und ihrer Verbände — zusammenfassen. Man kann dabei fauber alle Zahlungen, die nur Verbindungen zwischen diesen Stellen sind, z. B. zwischen Staat und Gemeinde, ausmerzen. Man kann dann die Ausgaben durch die Zahl der Einwohner des Landes dividieren und so die Ausgaben je Kopf feststellen. Aber dann weiß man noch nicht, ob ein Land sparsamer verwaltert wird als das andere. Dazu muß man noch eine Reihe anderer Umstände berücksichtigen, besonders die Bevölkerungsmaßeuerung.

Überall, wo sich die Bevölkerung dicht zusammenballt, also namentlich in den Großstädten über 100 000 Einwohner, wachsen die öffentlichen „Ausgaben je Kopf“. Das kommt daher, weil in den großen Städten Wohnung und Heizung, Abwendung von Feuergefahr, von gesundheitlichen Gefahren (z. B. Kanalisation), von Verkehrsgefahren (Verkehrspolizei), Beleuchtung, Schutz vor Unruhen und Arbeitslosigkeit usw., aber auch die Gehälter der Beamten (höheres Wohnungsgeld) größere Aufwendungen erfordern als bei looser oder mittlerer ländlicher Wohnweise. Man kann daher die Ausgaben je Kopf nur bei Ländern mit gleicher Bevölkerungsmaßeuerung vergleichen.

Unser erstes Bild zeigt, wie die öffentlichen Ausgaben von Ländern und Gemeinden in Deutschland um so mehr anwachsen, je engermaßeuert die Menschen wohnen und wie sie um so tiefer sinken, je weiträumiger die Menschen leben. Der Zeiger hat die Bevölkerungsdichte in den Maschinen mit großer Genauigkeit zum Ausdruck gebracht. Die gleiche rechteckige Fläche, unter der man sich jedesmal einen Quadratkilometer vorstellen muß, bietet immer ein verschiedenes Bild. Ebenso verschieden ist die Geldfülle, die an öffentlichen Aus-

gaben je Kopf in den verschiedenen Teilen des Reiches zu sehen ist. Bayern, Oldenburg, Mecklenburg, Kippe usw. erhalten noch die beträchtlichen Ergänzungszuschüsse aus allgemeinen Reichsmitteln (z. B. Stützungsbeiträge) wegen ihrer unter dem Durchschnitt liegenden Staatsrenten.

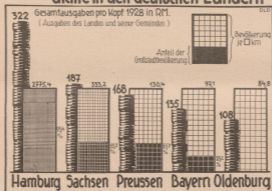
Diese Gedankenfänge werfen ein flärendes Licht auf den Vergleich zwischen den Ausgaben der großen Nationen. Das zweite Bild verdeutlicht die deutschen Ausgaben — diesmal für das ganze Reichsgebiet und einschließlich der Ausgaben des Reiches berechnet — mit den Ausgaben von England und Frankreich.

Es zeigt, wie die deutschen Ausgaben je Kopf weit unter denen von England liegen. Sie haben, wenn man die Reparationen beiseite läßt, ungefähr dieselbe Höhe wie die Ausgaben Frankreichs. Frankreich ist aber viel weiträumiger bewohnt als Deutschland: die deutsche Bevölkerung wohnt im Durchschnitt doppelt so dicht wie die französische; ein doppelt so großer Anteil (50 statt 15 v. H.) lebt in Großstädten.

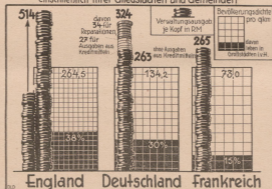
Wenn beide Länder nach gleichen Grundzügen ihre öffentlichen Ausgaben leiteten, müßte also die Ausgaben in Frankreich viel niedriger sein als in Deutschland. Man müßte England mit dem deutschen Teilleubiet Sachsen, Frankreich mit Bayern vergleichen, wenn man annähernd ähnliche Bevölkerungsverhältnisse zugrunde legen wollte. Gut man 335,2 v. H. ergibt sich für Deutschland (Sachsen) eine öffentliche Ausgabe von etwa 510 bis 540 M. je Kopf gegen 514 M. in England, und entsprechend für Deutschland (Bayern) eine Ausgabe von 230 bis 240 M. je Kopf gegen 265 M. in Frankreich. Hierbei sind natürlich in Bayern und Sachsen — abweichend von dem ersten Bild — zu den Ausgaben von Land und Gemeinden die Ausgaben des Reiches je Kopf der Bevölkerung hinzugezählt.

Von den drei Ländern, England, Frankreich und Deutschland, gibt also Deutschland verhältnismäßig am wenigsten aus, und zwar bei weitem in dem geringsten Maße. Der Unterschied hat sich seit 1928 durch die Sparmaßnahmen der

Öffentliche Ausgaben und Bevölkerungsdichte in den deutschen Ländern



Die Gesamtausgaben der großen Staaten einschließlich ihrer Gliedstaaten und Gemeinden



Auch die anderen deutschen Länder halten sich im allgemeinen in der durch die Bevölkerungsmaßeuerung gegebenen Rangordnung. Hinter Hamburg folgen zuerst die beiden anderen Hansestädte, und ganz am Schluß, noch hinter Oldenburg, steht das Land Kippe, in dem es nur etwa 20 000 Einwohner gibt.

Diese Reihenfolge der deutschen Länder in der Höhe ihrer Ausgaben je Kopf ist also die Reihenfolge, die sich aus ihrer Bevölkerungsdichte ergibt.

Wenn Preußen sich räumen wollte, daß es doppelt so sparsam verwaltert als Hamburg, weil es nur etwa die Hälfte je Kopf ausgibt,

letzten Jahre noch erheblich zugunsten Deutschlands vergrößert. Deutschland gibt heute in Gebieten, die ähnlich wie Frankreich besiedelt sind, nur weniger als 200 RM. gegen 265 RM. in Frankreich aus, und in Gebieten, die ähnlich wie England besiedelt sind, nur 250 bis 270 RM. gegen 514 RM. in England (alter Pfundkurs, also etwa 400 RM. neuer Pfundkurs).

Im einzelnen verteilen sich die Ausgaben in sehr verschiedener Weise. Frankreich verwendet etwa sechsmal soviel wie Deutschland je Kopf an Schuldenzinsen für seine inneren Gläubiger und etwa vier- bis fünfmal soviel für seine Währungsachthaber, während in Deutschland die sozialen Ausgaben relativ höher sind als in Frankreich. Diese drei Gruppen von Ausgaben — innerer Schuldendienst, Währungsachthaber und soziale Ausgaben — stehen aber in Wechselwirkung. Wo hoher innerer Schuldendienst aufrechterhalten werden kann, wie in England und Frankreich — in Deutschland wurde er aus Not in der Inflation auf ein Minimum herabgesetzt —,

da flutet privates Kapital; da braucht der Staat nicht als Geldgeber, z. B. auf dem Wohnungsmarkt, helfend einzugreifen; soziale Not ist weniger vorhanden und wird leichter durch private Hilfe gelindert. Wo dagegen privates Kapital fehlt, wie in Deutschland, muß der Staat als Kapitalgeber und Hilfegeber teilweise eingreifen. Wo eine halbe Million Menschen im Militärdienst steht und hohe Milliardenaufträge für Rüstungen der Industrie zugute kommen, sind auf anderen Gebieten weniger Subventionen erforderlich als in einem Lande, das abgerüstet hat. Man muß daher tatsächlich die Gesamtausgaben vergleichen und darf nicht etwa die Ausgaben für Wehrmacht und inneren Schuldendienst vorher ziehen.

Was Deutschland in einzelnen bei der Befolgung seiner Ausgabenfehler gemacht haben: daran kann kein Zweifel sein, daß die Einschränkung der Ausgaben von Staat und Gemeinden in Deutschland viel weiter geht als in England und Frankreich*.

Lausanne

Die Kaufmännische Konferenz hat außerdem das übliche Bild großer internationaler Konferenzen: feierliche Eröffnung, Generaldiskussion, Auflösung in Einzelgespräche der Staatsmänner, Generalzusammenfassung in Volltagungen. Auch die Krimenotomien zeigten sich deutlich.

Den Auftakt praktischer Konferenzarbeit bildete eine Erklärung Großbritanniens, Frankreichs, Italiens, Belgiens und Japans über die Aussetzung aller Reparations- und Kriegsschuldenzahlungen für die Dauer der Konferenz. Alle Konferenzteilnehmer waren an sich überzeugt, daß nach dem 1. Juli, d. h. nach dem Ablauf des Hoovermoratoriums, weder von Deutschland, noch von anderen Schuldnerstaaten fällige Kriegsschuldenzahlungen geleistet werden würden. Es erschien aber wünschenswert, um einen ungehörigen Verlauf der Konferenz zu sichern, diesem Defektzustand die juristische Unterlage zu geben. Das ist die Bedeutung der Erklärung vom 17. Juni. Sie ist infolgedessen noch bemerkenswerter, als sie eine über die Möglichkeiten des Hoovermoratoriums hinausgehende Zahlungsansetzung darstellt, denn die sogenannte ungefähre Jahreszahlung des Reparationsplanes fällt ebenfalls darunter. Im Gegensatz zu den Vordrängen bei der Durchführung des Hoovermoratoriums hat Frankreich diesen Vorkommnissen rasch zugehört. Reichskanzler von Papen begrüßte diese Erklärung als den ersten sichtbaren Beweis des festen Willens der Konferenzstaaten, die Arbeiten von Lausanne zu erleichtern und zum Erlolge zu führen. Er fügte aber nachdrücklich hinzu: „Es sind sehr schätzenswert, wenn diese Hoffnung enttäuscht würde.“

Die Generaldiskussion, die man erwartet, daß sie zu erwarten war, zwischen den Repräsentanten der einzelnen Länder noch bedeutende und schwerwiegende Verschiedenheiten befreite. Während z. B. Deutschland, England und Italien für die völlige Beilegung sämtlicher politischer Schulden eintraten, war den Ausführungen des französischen Ministerpräsidenten zu entnehmen, daß Frankreich sich nur zu einer verhältnismäßigen Anpassung der Reparationslast an die veränderten Wirtschaftsverhältnisse in Deutschland und der übrigen Welt bereitfinden würde.

Reichskanzler von Papen gab eine mit großer Aufmerksamkeit angelegte eingehende Übersicht über die ungeheure materielle und seelische Notlage in der Welt und ganz besonders in Deutschland. Das Reparationsproblem habe sich als völlig unüberwindlich erwiesen und werde in aller Zukunft unüberwindlich bleiben. Statt wie ursprünglich für Zweck des Wiederaufbaus bestimmt, hätten die Reparationen nur zerstörend gewirkt. Ganz im Sinne des tiefen Appells des Konferenzpräsidenten MacDonald in seiner Eröffnungsrede am Vortage schloß der Reichskanzler mit den Worten: „Es ist aber das zwingende Gebot der Stunde, daß wir den Bild von der Vergangenheit weg auf die Zukunft richten. Wir stehen vor dem Abschied. Die Stunde des Handelns ist gekommen. Deshalb haben wir in Deutschland noch einmal den Versuch gemacht, die lebendigen, aufbauenden Kräfte der Nation zusammenzuführen, um dem deutschen Volke überaus die Schwere der Vergangenheit zu erleichtern. Die Zeit der kleinen Mittel, der Zwischenpausen, der Verzögerungen ist endgültig vorbei. Wir haben gesehen, wobei uns die Verzagungen gebracht haben. Es muß jetzt ganz Arbeit geleistet werden. Ich sehe die große historische Aufgabe dieser Konferenz darin, aus dem verhängnisvollen *circuitu vitiosus*, der die Vergangenheit charakterisiert, endgültig herauszukommen und so den Weg freizumachen für eine positive Zusammenarbeit, die uns allein einer besseren Zukunft entgegenführen kann.“ Als zweiter Redner in der allgemeinen Diskussion legte der französische Ministerpräsident Herriot den Standpunkt Frankreichs dar. Er erkannte durchaus die schwierige Lage Deutschlands an und verkündete, daß Frankreich seinen Willens sei, alles zur Behebung der Weltwirtschaftsnot zu tun, aber es würden auch wieder bessere Zeiten kommen. Eine Streichung der Reparationen würde der Welt nicht aus ihrer gegenwärtigen Misere helfen; sie würde aber für die Gläubigerländer ein schweres finan-

zielles Opfer bedeuten. Nur wenn die politische Sicherheit der Völker vergrößert würde, könne eine Wiederkehr des allgemeinen Vertrauens erwartet werden. Es gäbe keinen politischen Frieden ohne wirtschaftliche Befriedigung der Welt und umgekehrt. Frankreich sei bereit, sein Bestes zu tun für den Wiederaufbau Europas und der Welt, aber es müsse diejenige Gerechtigkeit fordern, die es selbst anderen Völkern zubillige. Die Ausführungen des englischen Finanzministers Chamberlain gipfelten in der Erklärung, daß die englische Regierung nur so radikalen Entschlüssen die Wiederkehr des internationalen Vertrauens erwarte und daher ihrerseits für reinen Frieden eintrete. Im gleichen Sinne äußerten sich die Vertreter Japans und Italiens. Von den Vertretern der übrigen Staaten waren vor allem der belgische und jugoslawische auf die Bedeutung der Reparationseingänge für ihren Staatshaushalt hin.

Wenn auch die Ausführungen aller Redner, die gegen den „alten Strich durch die Rechnung“ sprachen, in betont konsilianter Form gemacht wurden, so trat der Unterschied der Meinungen doch deutlich zutage.

Nach Abschluß der allgemeinen Diskussion hat zunächst MacDonald in seiner Eigenschaft der Hauptredner der Konferenz den Versuch gemacht, den Standpunkt der deutschen und französischen Vertreter zu klären und anzunähern. Bei dieser Gelegenheit ist deutscherseits auch eine schriftliche Vorlegung der bekannten deutschen Anschauungen sowie die Unmöglichkeit weiterer Reparationszahlungen (sowie die Erfordernisse einer Wiederbelebung der internationalen Wirtschaft) übergeben worden. Nach dieser Dorerbeitung hat dann am 24. Juni ein direkter Gedankenaustausch zwischen der deutschen und der französischen Delegation begonnen. Es galt den Nachweis zu führen, daß seit dem Dezemberbericht der Waller Sachverständigen sich auf allen Gebieten von Wirtschaft und Finanzen die Lage fortgesetzt verschlechtert hat. Die französischen Delegierten wiesen ihrerseits in der Kritik der deutschen Argumente unter völliger Anerkennung der gegenwärtigen deutschen Notlage darauf hin, daß mit dem Aufhören der Wirtschaftstribe Möglichkeiten für weitere Reparationszahlungen, wenn auch nach Moratorium und in bedeutend geringerer Höhe, gegeben seien. Wenngleich auch diese Besprechungen mit dem deutlich erkennbaren Bestreben eines Verständnisses für die beiderseitigen Verhältnisse geführt wurden, so bleibt die Unvereinbarkeit der beiden Standpunkte nach wie vor bestehen. Der Gläubiger beharrt grundsätzlich auf Zahlungen, die bei Schulden nicht zu leisten vermögen. Das Ergebnis der Kaufmännischen Konferenz war zehn Tage nach Eröffnung noch völlig ungenügend und unübersehbar.

Der Standpunkt Deutschlands ist der in der großen Konferenzrede dargelegt, daß eine Leistungsfähigkeit für Reparationen weder heute noch in aller Zukunft mehr gegeben ist. Es kann nur helfen „Schluss mit den Reparationen“, wenn die Welt vor unaußenbaren Katastrophen bewahrt werden soll. Wenn die Kaufmännische Konferenz etwas von allen bisherigen Reparationskonferenzen unterschied, so war es die Erkenntnis, der MacDonald Ausdruck gab, daß die Methode internationaler Konferenzen zur Herbeiführung einer Verständigung unter den Völkern vor ihrer schweren und letzten Erprobung steht. Es war aber auch weiter die Erkenntnis, daß ein Mißerfolg oder auch ein unzureichender Erfolg der Kaufmännischen Konferenz tiefste Enttäuschung bei allen Völkern hervorgerufen und ein nicht wieder gutzumachendes Unglück für die Menschheit bedeuten würde.

Es ist ein hartes und übres Älting. Für Deutschland sprechen unumwundene Tatsachen wirtschaftliche Geleite, die kein politischer Wille umgeben oder verfehlen kann. Es handelt sich heute um den Entkampf um das Schicksal Deutschlands und damit des Schicksals

* Die Einzelheiten sind in der im Verlage von Teubner soeben erschienenen Schrift des Verfassers „Internationale Vergleich der öffentlichen Ausgaben“ (Preis 1 RM.) näher erörtert und belegt.

der gefamten Welt. Gar zu oft hat man in den vergangenen Jahren dies Wort mißbraucht; der blinde Optimismus gewiffer Gläubigerländer hat immer wieder auf eine fchließlich doch möglich werdende Durchführung unmöglicher Forderungen gehofft. Damit ift es jetzt vorbei. Die Welt hat nur noch die Wahl zwifchen erlöfendem Entfchluff oder Chaos. Die Vertreter Deutschlands aber brauchten in ihrem fchweren Kampf um die Befreiung des Landes die einmütige, unerschütterliche Unterftützung der Heimat, wie es Reichsfanzler von Papen in feiner Rundfunkrede vom 18. Juni mit folgenden Worten ausgefprochen hat:

Wenn ich als Leiter der jetzigen Reichsregierung hier in Kaufmanne Verhändnis für die deutliche Not fordere, fo tue ich dies aber der vor das Ausland hingefellte Vertreter des ganzen deutlichen Volkes. Soll die notwendige Einfiht in die Lage unferes Volkes fich durchfchließen, dann muß der Vertreter Deutschlands in Kaufmanne den gefchloffenen Willen der Heimat hinter fich fühlen, muß das Ausland erkennen, daß die jetzige Regierung mit Euz und Recht die Vertretung dieses gefchloffenen deutlichen Willens für fich in Anfpruch nimmt. Die Heimat aber muß zu der Reichsregierung das letzte Vertrauen haben, daß fie nicht nur nichts preisgeben wird, was den nationalen Notwendigkeiten entspricht, fondern daß fie darüber hinaus für eine positive Lösung des europäifchen Problems alle ihre Kräfte einfeßen wird. ... Wir find hier, um der Heimat nach unferen beften Willen und Willen zu dienen. Die Heimat muß uns helfen, wie ein befonnener Mann dem Anwalt hilft, dem er die Führung eines überaus entscheidenden Prozesses anvertraut hat. Wir rufen der Heimat zu, daß nur der gefchlossene, befonnene und einheit-

liche Wille uns helfen kann. ... Der befonnene Wille, das ift die Erkenntnis reifer Staatsbürger und Staatsbürgerinnen, daß diese deutliche Gemeinfihaft den Vorrang vor allen übrigen Fragen hat. Die von mir geleitete Reichsregierung wird immer nur das deutliche Volk fehen, nicht aber Parteien oder Klaffen, und fie wird ihre Arbeit getragen fein laffen von dem hohen Gefühl der Verantwortung für das Volksganze. Weiß ich doch, daß es hier und heute um Entfcheidungen geht die nichts Geringeres bedeuten als die Zukunft unferer Kultur, Raffe und Nation, als die Zukunft der abendländifchen Welt."

Widerloft hat darum auch Deutschland einseitig erklärt, daß mit dem Erlafen der Reparationen Schluff gemacht werden mußte, und daß auch eine wie immer geartete Abfchluffzahlung für Reparationszwecke nicht in Frage kommen könne. Nur dann könne es Dertreuten in der Welt gehen, wenn die Diskrimination (Benachteiligung) Deutschlands durch den Versailles Vertrag befeitigt würde. Sei aber die Gleichberechtigung Deutschlands in allen entscheidenden Fragen wiederhergestellt, dann würde Deutschland an der allgemeinen Anftrengung zum Wiederaufbau der Weltwirtschaft politif mitarbeiten können. Zur weiteren Beratung der fchwebenden Fragen wurden am 29. Juni zwei Ausfchluff eingiebt, die vorfuchen follten, eine Grundlage für eine vorzeitige Regelung zu finden. ... Es ift der Plan aufgetaucht, ein gemeinsame Komitee für den Wiederaufbau zu fchaffen, an der fich förmliche Mächte mit einem noch feftzulegenden Betrage beteiligen follten. Wie fich die Beratungen gefaltet, und ob fie zu einem für Deutschland tragbaren Ergebnis führen werden, läßt fich noch nicht abfehen. Schwer lösbare Probleme gibt jedenfalls auch dieser Vorfchluff auf.

Die Abrüstungskonferenz in Genf

Während der letzten Wochen haben fich die Verhandlungen der Abrüstungskonferenz in der Form von Beratungen der technifchen Kommissionen vollzogen, deren spezieller Charakter es dem politifchen Beobachter erführen, ihnen zu folgen und ihre Ergebnisse zu würdigen. Was ift in den letzten Wochen auf der Abrüstungskonferenz gefchehen?

Am 22. April hat die Generalkommission der Konferenz eine Resolution angenommen, die das Prinzip der sogenannten qualitativen Abrüstung, d. h. der Befestigung bestimmter Waffenarten umrahmt und die technifchen Kommissionen der Konferenz auftrugte, zu unterfuchen, welche Waffen für die qualitative Abrüstung in Frage kämen. Die Entfcheidung hierüber follte von der Fragestellung ausgehen, welche Waffen einen befonderen Offensivcharakter haben, die färfte Wirkung gegen die nationale Verteidigung ausüben und am bedrohlichften für die Zielbevölkerung sind. Der Sinn der qualitativen Abrüstung, die auf Grund einer amerikaniſchen Initiative beſchloffen wurde, ift, daß die eigentlichen Angriffswaffen des modernen Krieges befeitigt oder doch weſentlich reduziert werden ſollen. Dadurch ſollen die Mittel der Verteidigung gegenüber den Mitteln des Angriffs die Überlegenheit erhalten und damit auch die Sicherheit der Staaten vermehrt werden. Die technifchen Kommissionen der Konferenz (für Landkräftungen, Seerüstungen und Kustkräftungen) machten fich, dem erhaltenen Auftrag entſprechend, ans Werk, um jede auf ihrem Gebiet feztzufinden, welche Waffen erſtens befonderen Offensivcharakter haben, zweitens die färfste Wirkung gegen die nationale Verteidigung ausüben und drittens am bedrohlichften für die Zielbevölkerung find. Die Verhandlungen vollzogen fich in der Form, daß jede der drei Kommissionen Expertenkomitees ernannte, die Fragebogen und Antwortentwürfe ausarbeiteten. Darauf nahmen die Kommissionen ſelbſt das von den Experten bearbeitete Material in die Hand.

Das Ergebnis dieser beinahe zwei Monate andauernden technifchen Verhandlungen war schließlich ein Bericht der drei Kommissionen an die Generalkommission der Konferenz. Diese Berichte faßten die Ergebnisse der komplizierten Verhandlungen zusammen und bedeuten somit das Resultat der Verhandlungen der Abrüstungskonferenz zwischen dem 22. April und etwa Mitte Juni. Man kann es mit wenigen Worten charakterisieren: Es ift negativ. Auf keinem der drei Gebiete der Rüstungen, weder auf dem der Land- noch auf dem der See-, noch auf dem der Kustkräftungen hat man ſich darüber einigen können, welche Waffen des modernen Krieges als eigentliche Angriffswaffen zu gelten haben. Dementſprechend enthalten die genannten Berichte der drei Kommissionen an die Generalkommission keine gefchluffenen Vorfchluffe, fondern reihen einfach die fich meist direkt widersprechenden, während der Verhandlungen von den einzelnen Staaten vorgebrachten Anſichten nebeneinander. Wenn die Generalkommission die Frage der Befestigung bestimmter Waffenarten von neuem zur Verhandlung bringt, wird ſie deshalb mit den Vorarbeiten der technifchen Kommissionen wenig anfangen können, um die Waffen zu bezeichnen, die benötigt werden ſollen.

Waren nun also die Verhandlungen der technifchen Kommissionen

über die Befestigung der Angriffswaffen zwecklos? Keineswegs. Vom deutlichen Standpunkt ift zunächst zu ſagen, daß die deutlichen Vertreter bei diesen Verhandlungen immer wieder Gelegenheit hatten, auf den Versailles Vertrag als das Mißler und das Vorbild für die allgemeine Abrüstung hinzuweisen. Im Versailles Vertrag hat Deutschland bestimmte Waffen, und zwar die entscheidendsten Waffen des modernen Krieges, die gesamte Flugwaffe, die Tanks, die schwere Artillerie, Unterſeeboote, die Großkampffschiffe über 10 000 Tonnen verboten worden. In der berichtigten Mantelnote vom 16. Juni 1919 ift ausdrücklich gefagt, daß die deutliche Entwaffnung Deutschland eine militärische Angriffspolitik unmöglich machen ſolle. Daraus folgt eindeutig, daß man Deutschland die modernen Angriffswaffen, diejenigen, mit denen ein moderner Krieg entschieden wird, nehmen wollte. Die deutlichen Vertreter in den technifchen Kommissionen der Abrüstungskonferenz wiesen deshalb immer wieder darauf hin, daß die Waffenverbote des Versailles Vertrages zum Ausgangspunkt der qualitativen Abrüstung im Rahmen der allgemeinen Abrüstung gemacht werden müßten, d. h., daß dieselben Waffen, die Deutschland verboten seien, allgemein verboten werden müßten. Die Kapit diese Standpunkte ift unangreifbar. Die franzöfifchen Dertreter ſahen ſich denn auch verſchiedenſtlich genötigt darauf zu erwidern, daß Deutschland im Versailles Vertrag nicht nur Angriffswaffen, ſondern auch Verteidigungswaffen verboten worden seien. Die Dertreter, beſonders Frankreichs, aber auch die anderen Staaten lüchten mit langen technifchen Begründungen nachzuweisen, daß z. B. ſchwere Gefchütze über 10,5 cm, die Tanks, ſelbſt ſolche von 30 Tonnen, das meiste Gewicht, das Großkampffschiffe von 33 000 Tonnen, daß ſchwere Bombenflugzeuge, deren Bomben ganze Städte zerſtören könnten, keine Angriffswaffen im Sinne der Resolution der Generalkommission vom 22. April 1922 ſeien. Alle die Kriegserzeugnisse, die Deutschland im Versailles Vertrag verboten find, um ihm eine militärische Angriffspolitik unmöglich zu machen", verwandelten ſich in den Diſtaffionen der technifchen Kommissionen der Abrüstungskonferenz in harmloſe Inſtrumente der Landesverteidigung, in reine Verteidigungswaffen! Die Konfequenz, die ſich daraus logiſcherweiſe ergibt, hat ein bekannter Genfer Journaliſt geſehen, indem er ſagte, entweder müßte man die Waffenverbote des Versailles Vertrages allgemein machen, d. h. die Deutschland verbotenen Waffen müßten allen Staaten verboten werden, oder aber man müßte Deutschland alle diejenigen Waffen geſtatten, die die anderen Staaten als deſenſiv, als nur zur Verteidigung geeignet und für ihre Landesverteidigung als unentbehrlich bezeichnen. Damit hat der Genfer Journaliſt allerdings den Nagel auf den Kopf getroffen. Deutschland fordert in Genf die Gleichberechtigung auf dem Gebiete der Landesverteidigung. Es will, daß diese Gleichberechtigung dadurch herbeigeführt wird, daß die anderen Staaten dieselben Beſchränkungen auf ſich nehmen, die Deutschland ſelbſt auf ſich genommen hat. Und mehr! Denn dieſelben Waffen verzeihen, die Deutschland verboten ſind. Der mehrfach zitierte Beſchluff der Generalkommission vom 22. April, der das Prinzip der qualitativen Abrüstung, d. h. der Abrüstung durch Befestigung bestimmter Waffenarten feſtlegt, entſpricht im Prinzip dieser deutlichen Forderung. Wenn aber nun die Abrüstungskonferenz

dieserjenigen Waffen, die Deutschland verboten sind oder einen Teil derselben als Defensivwaffen bezeichnen und sie damit der Abrüstung entzieht, stellen sich die anderen Staaten von selbst vor die Frage, ob denn die Worte defensiv und offensiv einen verschiedenen Sinn haben, je nachdem ob sie auf Waffen angewendet werden, die sich in den Händen Deutschlands oder auf solche, die sich in Händen anderer Staaten befinden. Die Frage der deutschen Gleichberechtigung wird dadurch in aller Form gelöst. Die deutschen Vertreter in den technischen Kommissionen haben darüber keinen Zweifel gefaßt.

Inzwischen ist von dem Präsidenten der Vereinigten Staaten ein neuer Abrüstungsplan der Konferenz vorgelegt worden. Er sieht die Beseitigung eines Drittels bzw. eines Viertels aller Kriegsschiffe, die Beseitigung der schweren Bombenflugzeuge, der schweren Geschütze usw. vor. Die Vereinigten Staaten haben sich damit wiederum auf den Boden der Abrüstungsmethoden des Versailles Vertrages ge-

stellt, und in der Vorfahrt Hoovers wird der Versailles Vertrag ausführlich als Muster der Abrüstung bezeichnet. Im ganzen gesehen kann man sagen, daß heute alle Großmächte außer Frankreich das Prinzip, daß die allgemeine Abrüstung sich nach dem Maßstab des Versailles Vertrages vollziehen muß, annehmen haben. Dies ist ein bedeutsamer Fortschritt und ein wesentlicher Erfolg der deutschen Abrüstungstheorie in Genf. Noch freudlich sich Frankreich als einzige Großmacht, sich auf denselben Weg zu begeben. Noch ist nicht sicher, ob die allgemeine Abrüstung Tatsache werden wird, noch sind die Schwierigkeiten riesengroß, aber sie sind vielleicht doch nicht unüberwindbar. Das deutsche Volk muß nach wie vor mit voller Aufmerksamkeit und zäher Geduld nach Genf blicken, wo der Prozeß um die deutsche Gleichberechtigung auf dem für das Leben des deutschen Volkes so entscheidenden Gebiete der Landesverteidigung seit Monaten im Gange ist. K. S.

Die Förderung des freiwilligen Arbeitsdienstes

Von Ministerialrat Dr. H. Wenzel

I.

Als ein Mittel, die Folgen der Arbeitslosigkeit zu mildern, hatte die Sachverständigenkommission zur Arbeitslosenfrage im April 1931 die Förderung des freiwilligen Arbeitsdienstes empfohlen. Dabei war sie u. a. von folgenden Erwägungen ausgegangen. Die lange Dauer der Arbeitslosigkeit bedingt fast zwangsläufig ein Abflinken der Arbeitslosigkeit und Arbeitsbereitschaft der im Charakter noch ungeschulten jüngeren Arbeiter. Der freiwillige Arbeitsdienst erscheint als ein Weg, der eine mannigfaltige Initiation zur Bereitstellung und Leistung von Arbeit auf sich ziehen könnte und auch in der jüngeren Generation Anflänge finden würde. Sesshaft bedeutet nicht sofort festhalten der Arbeit für den Arbeitslosen die Befreiung des Geistes, überflüssig zu sein. Sie wirkt der Entmutigung entgegen und hilft ihn vor eine Aufgabe, deren Erfüllung von seinem freien Entschluß abhängt.

Die Regierung hat dem Vorschlag der Kommission entprochen und im Rahmen der zweiten Verordnung des Reichspräsidenten zur Sicherung von Wirtschaft und Finanzen vom 5. Juli 1931 durch Einfügung des § 129 a in das Gesetz über Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung der Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung die Aufgabe übertragen, den freiwilligen Arbeitsdienst zu fördern. Die näheren Bestimmungen hat der Reichsarbeitsminister durch die vom 1. Juli 1931 in der Verordnung über die Förderung des freiwilligen Arbeitsdienstes (Reichsgesetzblatt I S. 398 ff.) erlassen. Sie bildet zusammen mit den Erklärungen des Reichspräsidenten der Reichsanstalt vom 29. Juli 1931 (Reichsarbeitsblatt I S. 180) die rechtliche Grundlage für die Durchführung des freiwilligen Arbeitsdienstes. Für den freiwilligen Arbeitsdienst bei landwirtschaftlichen Siedlungen ermöglicht die vor kurzem in Kraft getretene Ergänzungsvorordnung des Reichsarbeitsministers vom 23. Mai 1932 (Reichsgesetzblatt I S. 251) einen verstärkten und vereinfachten Einsatz. Auch hierzu hat die Reichsanstalt Erklärungen veröffentlicht (Reichsarbeitsblatt I S. 96), deren Kenntnis zum Verständnis der rechtlichen Tragweite der neuen Verordnung nötig ist.

II.

Nach diesen Bestimmungen ist die Rechtslage in großen Zügen die folgende: Gegenstand des freiwilligen Arbeitsdienstes können nur gemeinnützige zusätzliche Arbeiten sein. Der freiwillige Arbeitsdienst darf daher nicht Arbeiten an sich ziehen, die im freien Arbeitsverhältnis durchgeführt werden können. Auch bei Durchführung als Notstandarbeit ist in jedem Falle der Vorrang zu geben. Der Begriff der Gemeinnützigkeit ist nicht engherzig auszulagen. Arbeiten, die in erster Linie einem bestimmten Personenkreis (Mitgliedern von Verbänden und Genossenschaften, Hilfsbedürftigen) zugute kommen, sind daher zulässig, sofern die Allgemeinheit ein wesentliches Interesse an der Ausführung hat.

Der Kreis der Arbeitsdienstwilligen, die während des Arbeitsdienstes eine Unterfütterung aus Mitteln der Reichsanstalt oder des Reichs erhalten können, umfaßt die Empfänger von versicherungsmäßiger Arbeitslosenunterstützung und von Krisenunterstützung ohne Rücksicht auf Lebensalter und arbeitslose Jugendliche unter 21 Jahren, die nach Beschäftigung eine Arbeitslosenunterstützung erhalten, weil ihnen ein realisierbarer familiärenrechtlicher Unterhalt zuzusetzt (§ 87 Abs. 2 des Gesetzes über Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung), oder weil sie das vorgeschriebene Alter für die Krisenunterstützung (21 Jahre) noch nicht erreicht haben. Dazu kommen Wohlfahrtsverbandslose, deren Unterfütterung die Wohlfahrtsämter übernehmen haben. Andere Personen können zum freiwilligen Arbeitsdienst zugelassen werden, aber keine Unterfütterung aus öffentlichen Mitteln erhalten. Jedoch sind sie ebenso wie die

förderungsfähigen Personengruppen gegen Krankheit und Unfall versichert. Auch die Siedlungsdienstleistung im Reichsdienstbuch, von der noch die Rede sein wird, wird ihnen unter den gleichen Voraussetzungen gewährt wie den förderungsfähigen Arbeitsdienstwilligen.

Die Unterfütterung kann entweder als Individualunterstützung gewährt oder als Pauschalförderung vereinheitlicht werden. Das letztere geschieht in 90 v. H. aller Fälle, ist also die Regel. Dabei wird die Unterfütterung zumeist nicht unmittelbar dem Arbeitsdienstwilligen ausgehändigt, sondern dem Träger der Arbeit ausbezahlt. Dieser leitet die Unterfütterung entweder in bar an den Arbeitsdienstwilligen weiter oder bietet ihm dafür neben einem Taschengeldunterstützung und Verpflegung, insbesondere im Rahmen einer Kameradengemeinschaft. Der in der Verordnung vorgesehene Pauschalbetrag von 2 RM. wochentlich ist nur ein Höchstmaß. Im Reichsdienstbuch beträgt der Förderungssatz für das Lagerwerk eines Arbeitsdienstwilligen 1,70 RM. Die Pauschalförderung ist auf die Dauer von 20 Wochen begrenzt.

Träger der Arbeit dürfen nur Körperschaften des öffentlichen Rechts oder solche Vereinigungen und Stiftungen sein, die nach ihrem Verbandszweck gemeinnützige Ziele verfolgen, ferner Vereinigungen, die Gruppen von Arbeitsdienstwilligen für Arbeiten des freiwilligen Arbeitsdienstes zusammenfassen. Leben die Träger der Arbeit als die Stellen, für deren Bedienung und unter deren Verantwortung die Arbeiten ausgeführt werden, treten in vielen Fällen besondere Schwierigkeiten in die Erscheinung. Die Arbeitsstellen müssen zusammenfassend für die Arbeit zur Verfügung stellen und während der Arbeit förderlich und geistig betreuend. Hierfür kommen Organisationen aller Art und auch besondere, für die Zwecke geschaffene Verbände in Frage. Als Träger des freiwilligen Arbeitsdienstes dürfen nur solche Verbände zugelassen werden, die Gewähr bieten, daß die Zusammenfassung von Arbeitsgruppen im freiwilligen Arbeitsdienst nicht für politische oder staatsfeindliche Zwecke mißbraucht wird. Im übrigen spielt die politische Zielsetzung der Träger keine Rolle.

Die Entscheidung über Anerkennung und Förderung der Arbeiten trifft der Vorliegende des Landesarbeitsamtes, in dessen Bezirk die Arbeit ausgeführt werden soll, im Benehmen mit einem Ausschuß des beim Landesarbeitsamt bestehenden Verwaltungsausschusses. Für die Unterfütterung der beteiligten Arbeitsdienstwilligen, auch der von auswärtigen Arbeitsämtern überbrachten, ist das Arbeitsamt des Dienstortes zuständig.

Um die Siedlung für Arbeitsdienstwillige zu erleichtern, ist vorgesehen, daß Arbeitsdienstwilligen, die bei volkwirtschaftlich wertvollen Arbeiten 12 Wochen beschäftigt worden sind, mit Wirkung von Beginn ihrer Beschäftigung ein Betrag von 1,50 RM. für jeden Wochentag der Beschäftigung fortlaufend im Reichsdienstbuch gutgeschrieben wird. Diese Beträge können zum Erwerb einer Siedlerhütte, zur Errichtung eines Eigenheims oder als Beitrag zu den Kosten einer Siedlerhaltung verwendet werden.

Für den freiwilligen Arbeitsdienst bei landwirtschaftlichen Siedlungen ist durch die vor kurzem erlassene Ergänzungsvorordnung des Reichsarbeitsministers der Kreis der förderungsberechtigten Personen auf alle Arbeitslosen unter 25 Jahren ausgedehnt worden. Die Arbeitnehmergemeinschaft des Arbeitslosen ist hier ebensowenig Voraussetzung für die Förderung wie der Besitz der Anwartschaft auf Arbeitslosenunterstützung bei den Arbeitnehmern. Jedoch sind Personen, die offenbar nicht hilflosbedürftig sind oder für die außerhalb des Arbeitsdienstes Beschäftigungsmöglichkeiten, insbesondere in landwirtschaftlichen Betrieben, bestehen, von der Förderung ausgeschlossen. Die Förderungsdauer kann bis zur Beendigung der Arbeiten, für die der Arbeitsdienst eingesetzt ist,

im Höchstfalle bis zu 40 Wochen ausgeübt werden. Um das Verfahren nach Möglichkeit zu beschleunigen, hat man am Gebiet der landwirtschaftlichen Siedlung die Entscheidung über Anerkennung und Förderung der Arbeiten dem Vorstehenden des Arbeitsamts übertragen.

III.

Die Erfahrungen, die bisher mit dem freiwilligen Arbeitsdienst gemacht worden sind, sind im allgemeinen recht befriedigend. Über 60 000 Arbeitsdienstwillige sind zur Zeit in ihm beschäftigt. Mehr als die Hälfte ist bei Arbeiten tätig, denen ein unmittelbarer volkswirtschaftlicher Nutzen zuzusprechen ist, während der Rest auf Arbeiten entfällt, die wie Arbeiten zur Hebung der Volksgesundheit mittelbar der Volkswirtschaft nützen. Die Arbeitszeit beträgt im allgemeinen sechs bis sieben Stunden und läßt Raum für geistige Schulung und sportliche Betätigung, die die Freizeit ausfüllen und die Arbeit sinnvoll ergänzen sollen. Die von den Arbeitsdienstwilligen erzielten Leistungen werden gegenüber den Leistungen freier Arbeiter auf 75—80 p. h. geschätzt. Dieser Ertrag ist nicht unzulänglich, wenn man die längere Arbeitszeit und die Ausfalltage berücksichtigt und vor allen Dingen in Betracht zieht, daß die Arbeitsdienstwilligen oft schlecht ernährt zur Arbeit kommen und sich vielfach an die ihnen fremde Tätigkeit erst gewöhnen müssen. Jährer-

schulung und Führeranstufe treten in ihrer Bedeutung für den freiwilligen Arbeitsdienst immer mehr hervor.

IV.

Wie die Reichsregierung bei Veröffentlichung der letzten Notverordnung zum Ausdruck gebracht hat, wendet sie dem weitesten Ausmaß des freiwilligen Arbeitsdienstes ihre besondere Aufmerksamkeit zu und hält seine Ausgestaltung insbesondere für die Auszubildenden für unerlässlich. Im Interesse der gesamten Wirtschaft soll aber der freiwillige Arbeitsdienst nach wie vor auf zuzählige Arbeiten beschränkt bleiben, damit er den nötigen Lebensraum der freien Wirtschaft nicht behindert. Im Einklang mit dieser Stellungnahme hat die Reichsregierung die Mittel für den freiwilligen Arbeitsdienst beträchtlich vergrößert. Mit den Mitteln der Reichsanstalt und der Krisenfürsorge sind im Haushaltsjahr 1932 für den freiwilligen Arbeitsdienst 50 bis 55 Millionen RM. bereitgestellt. Voraussetzung für eine starke Ausdehnung des freiwilligen Arbeitsdienstes ist allerdings, daß auch die Kreisläufe in Anspruch gebracht werden können, die bei volkswirtschaftlich wertvollen Arbeiten mehr das Mehrfache der vom Reich zur Verfügung gestellten Unterhaltungssummen betragen. Das wird bei Erweiterungen über den Arbeitsdienst und seine Möglichkeiten leider oft übersehen.

Goethe in der Buchkunst der Welt

Unter den unglücklichen Veranlassungen im Goethejahr ist die Ausstellung „Goethe in der Buchkunst der Welt“ vielleicht eine der interessantesten. Sie wird nicht Goethe in seiner Umwelt gezeigt, in seinen Beziehungen zu Zeitgenossen und Zeitgenossen, sondern hier spricht unter Auskultung alles Höfischen und Sokalen das Werk Goethes zu den Lebenden, und zwar in einer Breite, die den ganzen zivilisierten Erdball umspannt. Noch nie — und darin liegt das Neuartige dieser Kulturchau — ist es unternommen worden, einem einzigen Dichter eine internationale Ausstellung moderner Buchkunst zu widmen. Es war darum ein fühner Versuch, Verleger, Drucker und Künstler der Kulturwelt auf den Namen eines Großen des Geistes zu vereinigen, aber, wie das Ergebnis offenbart, hat er sich glänzend bewährt. Einige Zahlen mögen das kurz illustrieren. Aus 37 Staaten liegen Ausgaben Goethe'scher Werke in 34 Sprachen aus, 28 zeitgenössische Künstler, 550 Verleger und 452 Drucker sind mit ihren Leistungen vertreten und legen Zeugnis von der Ehrfurcht ab, die das Genie Goethes in Ost und West, Nord und Süd bei allen Völkern genießt. Das Leipzig, der Sitz des Vereins deutscher Buchhändler, des Börsenvereins der deutschen Buchhändler und des deutschen Buchgewerbevereins, gibt diese eigenartige Form der Goethe-Ehrung offen, ist eine aus seinen kulturellen Betreibungen herauswachsende Tat, die nach dem glücklichen Gelingen der ersten internationalen Buchkunst-Ausstellung vor fünf Jahren nun von neuem seinen Ruf als Buchstadt befestigt. Wie damals, so hat auch jetzt der Vorstehende des Vereins der deutschen Buchhändler, Professor Hugo Steiner, Prag, durch seine umsichtige Organisation des Ganzen einen wesentlichen Anteil am Zustandekommen und Erfolg des Unternehmens.

Die Ausstellung umfaßt drei Abteilungen. Die erste enthält das Werk Goethes in jener Gestalt, wie jedes Volk durch seine Verleger es sich zu eigen machte. Man hat bewußt Alles ausgegallert und nur Bücher berücksichtigt, die in den letzten dreißig Jahren erschienen sind. Natürlich war für die Auswahl allein der buchhändlerische Gesichtspunkt maßgebend. Es zeigt sich dabei, wie mannigfaltig der Geschmack bei den einzelnen Nationen variiert. Überraschend schön und eigenartig wirken die arabischen Ausgaben von „Werthers Leiden“ und „Faust“ im modernen Stypus. Das sind überhaupt die beiden Dichtungen Goethes, welche auch heute

noch sich im Ausland der meisten Verbreitung erfreuen. Als drittes Werk kommt „Hermann und Dorothea“ hinzu. Im Europäischen findet man noch die „Iphigenie“, im Amerikanischen den „Götz“, im Hebräischen den „Götz“, Japan legt sogar in neunzehn Bänden die gesammelten Werke vor.

Die zweite Abteilung „Hundert Drucker in aller Welt“ entfiel aus einer Anregung der Ausstellungsleitung an die Drucker verschiedener Länder, irgendeinen charakteristischen, von ihnen selbst gewählten und auf ihr Land besyalligen Anspruch Goethes in der Sprache ihres Volkes typographisch zu gestalten. Mit einer außerordentlichen Begeisterung wurde dieser Gedanke aufgenommen und verwirklicht. Trotz der verwirrenden Fülle von Einblattdrucken doch Einheit und Zug, das alles spiegelt in einem einzigen großen Bewusstsein zu dem Menschen für die Welt bedeutet. Natürlich weisen die deutschen Drucker die größte Mannigfaltigkeit in Satz und Type auf. Dennoch, sachlich und geschmackvoll wirken die Druckproben der englischen Pressen, ganz besonders den vorwiegendsten bibliophilen Ansprüchen genügend „Iphigenie“ und „Faust“ der Dones Press. Sehr reichhaltig, meist in zwei Farben gehalten, ist die italienische Gruppe von Raffaele Bertieri in Mailand besyidigt.

Ähnlich wie die Drucker, reagierten die internationalen Künstler auf die Anregung, eine Szene zum „Faust“ zu illustrieren. Die von ihnen eingesandten Radierungen, Zeichnungen, Holzschnitte und Aquatelle, unter denen sich außer Blättern der namhaften ersten deutschen Künstler ausländische, wie Malerel, Mariette Eybls, Ey Egrand, Nicolae Ertmann und viele andere befinden, bilden für sich eine hübschvolle und geschmackvolle in der Abteilung „Hundert Graphiker der Welt“. Auch diese Abteilung bietet manches Fesselnde. Vor allem überrascht die außerordentliche Mannigfaltigkeit der Auffassung in der Schilderung bekannter Szenen wie „Walpurgisnacht“ und „Epenfächer“, die am härtesten anregend auf die künstlerische Gestaltung eingewirkt haben.

Alles in allem ist die Ausstellung, die sorgfältig darauf bedacht ist, durch Fülle des Dargestellten den Besucher nicht zu erdrücken, ein höchst interessanter Querschnitt durch die moderne Goethebibliophilie, eine herrliche Verwirklichung des Goethejahres, „Gott segne Kaufser, Druck und jedes andere vernünftige Mittel, damit das Gute, was einmal da war, nicht wieder zugrunde gehen kann“.

Dr. Valerian Cornius.

Schlesien ladet ein

Von Edmund Glaser

Diese Zeilen sollen den Freund der großen deutschen Heimat nach Schlesien führen, dem schönen Südbogen unseres Vaterlandes. Es ist deutsches Schicksal, daß die einzelnen deutschen Stämme sich und ihre Landschaften zu wenig kennen und deshalb zu wenig verstehen. Wenn der lebhafteste Sohn der südböhmischen Berge den stillen Menschen Norddeutschlands und seine große ruhige Landschaft kennenlernt, wenn der heitere, lebensfrohe Rheinländer einmal als Kellner in dem auswalligen Raum Ostdeutschlands mit seinen Seen und Wäldern seinen Stühlen und ersten Bürger nimmt und zu seinen herben Menschen geht, dann ist das jedesmal ein Gewinn für unser ganzes Vaterland; denn aus dem Kennenlernen erwächst Versehen, aus dem Versehen Wertschätzung, aus dem Schätzen entspringt gegenseitige Zueigung und damit die Harmonie des großen deutschen Volkstums, die uns gerade in dieser an Disharmonien so überreichen

Gegenwart doppelt nottut. Schließliches Schicksal ist es, besonders wenig von den deutschen Stammesbrüdern gekannt zu werden. Deshalb ruft dieses schöne Land an der Östmarkengrenze allen Deutschen zu: Kommt und sehet, und ihr werdet recht besydenfend werden! Schlesien birgt in seiner Landschaft die stille Schönheit der Norddeutschen Tiefebene mit Seen und Wäldern, eine deglückende Flusslandschaft mit dem Harzen, von Laubmoos umflossenen Oberstrom, in dessen Fluten sich alte Städte, Klöster und Schloßer spiegeln.

Schließliches Südböden ist anfangsoll von einer Reihe der schönsten deutschen Mittelgebirge, und seine Grenze gegen Böhmen ist der Zug der Siedeln, die im Riesengebirge und im Glaser Schneeberg eines der eigenartigsten und schönsten Hohegebirge Deutschlands bilden. Der deutsche Mensch hat diese vielfältige Naturlandschaft mit dem Werk seiner Hände und seines Geistes während 800 Jahren zu einer

der schönsten Kulturlandschaften seines Vaterlandes gestaltet. Mittelalterliche Städte, Burgen und Schlösser, Klöster und flattliche Dörfer mit dem Zauber deutscher Volkskunst in der Bauweise ihrer Häuser formen im Wechsel mit Wald und Feld, Höhen und Weiten das Bild der schönen deutschen Landschaft. Die großen Bauperioden des Gotik, der Renaissance und besonders des Barock haben Schlesien mit einer Fülle ihrer Denkmäler geschnitten. Die Art dieser Bauentwürfe weicht mit aller Deutlichkeit, daß Schlesien die natürliche kulturelle Fortsetzung des schönen Süddeutschlands nach Osten ist. Der Schlesien aber mit offener und umfassender Bild bereiten will, der darf nicht nur an den kulturellen Denkmälern seiner Vergangenheit verweilen, sondern er muß die gegenwartslebendigen Dokumente seines Wirtschaftslebens in sich aufnehmen. So wie einst Goethe auf seinen Reisen umfassen die Vergangenheit, Kunst, Kultur und lebendige Wirtschaft betrachtete, so will Schlesien gleichfalls geschaut werden. Der Mensch hat die alten Naturlandschaften verändert, und doch ist auch in den Wirtschaftsanlagen Schlesiens jene große Schönheit zu betrachten, die den Fremden mit tiefem Eindruck erfüllt. Schlesien ist die deutsche Landschaft der mächtigen Staubeben in seinen Dorbergen. Stille einsame Täler haben sich zu glühenden, vielfach gewordenen Seen verwandelt und das überflüssige Wasser gebändigt, das fehlende gesammelt. Der schöne Oberstrom ist durch große Werke des Verkehrs, durch Schleusenbauten und Umgehungskanäle im Laufe des letzten Jahrhunderts zu einer Wasserstraße umgepflanzelt worden, die zwar noch nicht alle Notwendigkeiten schlesischer Wirtschaft erfüllt, deren Bauten aber andererseits das schöne Landschaftsbild nicht beeinträchtigt haben. Ebenso harmonisch wie des Menschen Werk am Wasser schmeigen sich die beruflichen Anlagen in die Landschaft des Waldenburger Berglandes. In Oberschlesien formt die Arbeit mit ihren imponierenden Bauten eine eigene Landschaft, und die Schönheit der modernen Industriebauten, die glücklicherweise auch in Schlesien der gedankenlosen Gestaltung gewichen sind, wird den aufmerksamen Reisenden begegnen. In den großen Städten aber erheben sich überall gegenwärtigste Bauten der Gemeinschaft, des Verkehrs und der Arbeit und geben ein Zeugnis, daß auch gerade die schlesische Wirtschaft die Aufgaben der Kultur nicht vernachlässigt. — Ebenso vielfältig wie Schlesiens Landschaft und die Zeugnisse menschlicher Kulturarbeit ist sein Volk. Deutsche Volkstämme aus Niederachsen und Franken verdrängten allgemach mit den Resten uralter Germanen und eingeleiteter Slaven, als im die Mitte des 13. Jahrhunderts Schlesien auf friedlichem Wege besetzten und nach einer Unterbrechung von 600 Jahren durch die Überlegenheit deutscher Kultur, deutschen Fleißes und einer klugen planvollen Unterbringung der Kirche dieses Land dem Deutschstum friedlich wiedergewannen. Mit Recht nennen die Geschichtsschreiber des 19. Jahrhunderts diese Wiederbesiedelung die größte Tat der Deutschen im Mittelalter. Blutmischung und Landschaft formten im Laufe der Jahrhunderte ein



Stadte in Oberschlesien, Ring mit stämmeregegebene und Rathaussturm



Die Schneetopp

Volk von eigenartiger Vielfältigkeit und unübertrefflicher Elastizität. „Kehhaft und gutmütig, köstlich und gastfrei, arbeitsam wie alle Deutschen, eilig und behende mit Worten, aber nicht ebenso eilig bei der Tat und nicht vorzugsweise dauerhaft“, so schildert der große Kenner deutscher Volkstums, Guizot den Charakter seines schlesischen Volksleuts, und noch heute trifft diese Schilderung des schlesischen Charakters zu. Schlesien ist aber auch ganz besonders das Land der hehmlischen, nachdenklichen und mystisch fühlenden deutschen Menschen. Religiöse Bewegungen, Sekten, gottsuchende Philosophen, Mystiker hat Schlesien in besonderer Fülle und Vielfältigkeit im Laufe seiner Geistesgeschichte aufzuweisen. Der Weg von Jakob Böhme, dem schlesischen Mystiker des 16. Jahrhunderts, bis zu Hermann Stehr, dem deutschen Gottsucher der Gegenwart, und der Weg von Andreas Gryphius und Friedrich von Schlegel über Christian Günther und über Eichendorff bis zu Gerhart Hauptmann führen uns durch die bunten Gärten schlesischer Dichtkunst und Philosophie.

Schlesien ehrt 1932 seinen großen Sohn, den deutschen Dichter Gerhart Hauptmann, der schlesisches Volkstum durch die Stärke seiner Dramen über den Weltball getragen hat, zu seinem 70. Geburtstag. Die Art dieser Ehrung entspricht ganz dem Wesen des Schlesiens, denn sie bleibt nicht bei der Person des Dichters stehen, sondern in beglückender und eigentümlicher Vielfältigkeit bezieht sich dieses Land in den schlesischen Tagen 1932 neben den Veranlassungen zu Ehren des 70jährigen Dichters seiner Heimat und seines Volkstums, seiner Musik und seiner bildenden Kunst. Es weitestehen Städte und Dörfer wertvollen Veranlassungen in einem großen Beschlusse zur schlesischen Heimat, seinem Volkstum und seinem deutschen Geistesleben. Den Auftakt zu den schlesischen Tagen bildete in der Landeshauptstadt Breslau ein Trachten- und Sängertag größten Ausmaßes. Alle Volkstädten von Nieder- und Oberschlesien, aus dem Cleoland und aus den Bergen, zeigten dem Fremden den Reichtum schlesischen Volkstums, und der große schlesische Sängertag brachte die Fülle schlesischer Volkslieder zu Gehör. Die Sonnenfeier im schlesischen Riesengebirge, die Heimat- und Trachtenfeste auf der Burg Knauth im Riesengebirge oder das Eisenfestspiel auf der Burg Cosch in Oberschlesien, historische Festspiele auf den malerischen Märkten alter schlesischer Städte, Markttagen und Carmbasen, Kulturwochen und -tagungen, Grenzlandfahrten und vor allem die Gedächtnisfeier schlesischer Städte zu Ehren ihrer großen Söhne, sie bilden die Fülle kulturell wertvoller Veranlassungen. So gebührt Kreuzburg in Oberschlesien Guizot Freytags, Guizot ehrt in feinfühnigen Abenden die Dichter, die in seinen Mauern weilten, von Andreas Gryphius bis Fritz Reuter, Zeigle geht dem, ebenso wie Rathibor, Josef von Eichendorffs, Sagan läßt seine Jugend einen Tag des schlesischen Volks-

tums gehalten. Die Hauptstadt Breslau aber ehrt den 70jährigen Dichter durch den Umbau eines alten Theaters und seine Wiedererrichtung als Gerhart-Hauptmann-Theater und durch eine Gerhart-Hauptmann-Anstellung, die ebenso wie die Schlesischen Tage sich nicht auf die Person und das Werk des Dichters beschränkt, sondern in großartiger und feinsinniger Weise den Hintergrund, die Zeiterhältnisse und den Boden beleuchtet, aus dem des Dichters Wert erwuchs.

Die Notiz läßt über Schlesien stärker als über den meisten anderen deutschen Ländern, Wirtschaftskrisen und Abschnitte legen viele Arbeitsstätten still. Zehn Jahre sind es in diesen Tagen her,

daß das obereschlesische Industriegebiet brutal und sinnlos zerrissen wurde, der Schiefer aber ist unbeeinträchtigt und flagt nicht. Gerade 1932, da das Land von innerer Not und äußerer Gefahr bedroht ist, hat der Schiefer mit der Veranlagung der Schlesischen Tage seine unübertreffliche Elastizität bewiesen.

Deutsche sollen sich und ihre Landchaften untereinander kennenlernen. Der Lebens- und Kulturwille Schlesiens verdient es, daß 1932 viele Deutsche nach dem schönen deutschen Südboden kommen, um die Schlesischen Tage, schlesisches Land und schlesische Menschen zu erleben.

Politische Chronik

Vom 12. bis 26. Juni

Kaufmann:

Eröffnung der Kaufmännischen Konferenz mit einer Ansprache MacDonalds, der auf französischen Vorschlag zum Präsidenten der Konferenz gewählt wird (16. Juni). — MacDonald gibt einen Bericht für fünf Mächte England, Frankreich, Italien, Belgien und Japan bekannt, der für die Dauer der Konferenz alle politischen Schuldenzahlungen aussetzt. In der Generaldebatte legt Reichsfanzler von Papen den deutschen und Ministerpräsident Herriot den französischen Standpunkt zu den Tributleistungen dar (17. Juni). — Reichsfanzler von Papen richtet von Kaufmann eine Rundfunkansprache an das deutsche Volk (18. Juni). — MacDonald übernimmt der deutschen Delegation das französische Tributprogramm, das von Deutschland eine Restzahlung verlangt. In der deutschen Antwort an MacDonald werden diese Forderungen abgelehnt (22. Juni). — Die deutsche und die französische Abordnung halten in Kaufmann eine erste Arbeitssitzung ab, in der Reichsfanzlerminister Graf Schwerin von Krosigk einen eingehenden Bericht über die wirtschaftliche und finanzielle Lage Deutschlands gibt (24. Juni). — Reichsfanzler von Papen reißt über das Wochenende nach Berlin, wo er dem Reichspräsidenten und dem Reichsministerium Bericht erstattet (25. Juni).

Hoovers Vorschlag auf der Abrüstungskonferenz:

Auf der Abrüstungskonferenz unternehmen die Amerikaner einen Vorschlag. Im Allgemeinen Ausschuss der Abrüstungskonferenz verliert Votchscher Gibson eine Votchscher des Präsidenten Hoover, in der dieser einen entschiedenen Fortgang in der Abrüstung fordert und eine Herabsetzung des Weltwirtschaftsstandes um ein Drittel vorschlägt. Die Abrüstungsvorschläge Hoovers wird gleichzeitig auch in Amerika befehligen (22. Juni).

Zusatz:

MacDonald und Herriot halten vor ihrer Reise nach Kaufmann in Paris eine Vorkonferenz ab (11. Juni). — Votchscher Zadobny bringt auf der Abrüstungskonferenz einen Entscheidungsentwurf zur qualitativen Abrüstung ein, in dem er für die anderen Staaten die gleichen Abrüstungsregeln verlangt, wie sie seinerzeit von Deutschland verlangt wurden; das Präsidium stellt die Ergebnislosigkeit der Ausprüfungen über die qualitative Abrüstung fest (14. Juni). — Griechenland stellt die Schuldenzahlungen an Amerika ein (15. Juni). — Der amerikanische Nationalkongress der Republikanischen Partei beschließt mit großer Mehrheit, Präsident Hoover für die Präsidentschaftswahlen wieder als Kandidaten aufzustellen (16. Juni). — Dominikanischer Thomas lehnt im englischen Unterhaus die Forderungen de Valeras ab, er kündigt an, daß Irland vom 15. November ab keine Vorkurszüge mehr erhalten werde (17. Juni). — König Albert von Belgien weist in einem

Schreiben an den belgischen Ministerpräsidenten Renkin auf die Gefahren der wirtschaftlichen Abschließung der Staaten hin und fordert eine Änderung der bisherigen Wirtschaftspolitik. Gleichzeitig wird der Befehl dieses Briefes wird zwischen Holland, Belgien und Luxemburg ein Abkommen geschlossen, das die zwischen diesen Ländern bestehenden Zölle jährlich um 10 v. H. herabsetzt (20. Juni). — Der Haager Gerichtshof weist die litauische Einrede gegen die Behandlung verschiedener Fragen der Anklageschrift, die sich auf die Einweisung des Direktoriums Simaitis und die Auflösung des Memeler Landtags beziehen, mit 13 gegen 3 Stimmen zurück (24. Juni). — Italien läßt in Kaufmann eine Denkschrift überreichen, in der es seine Ansprüche an den Tributzahlungen anmeldet, falls die Tribute in Kaufmann nicht vollständig gefrichtet würden (25. Juni).

Reich und Länder:

Reichspräsident von Hindenburg empfängt in Gegenwart des Reichsfanzlers von Papen die Ministerpräsidenten von Bayern, Württemberg und Baden (15. Juni). — Vom Reichspräsidenten werden zwei Notverordnungen erlassen, die sich mit finanzpolitischen Fragen und Maßnahmen auf dem Gebiete der Rechtspflege und der Verwaltung beschäftigen. Gleichzeitig wird die Reichsregierung eine Kundgebung einberufen, die die Gründe für die Verkündung dieser Notverordnungen darlegt (14. Juni). — Mit der Bekanntgabe der politischen Notverordnung, die an Stelle der sieben bisherigen Notverordnungen tritt und a. a. die Aushebung des SZL-Verbot bringt, richtet der Reichspräsident eine Mahnung an die Verbände, ihren Kampf künftig in ruhigeren Formen auszutragen (16. Juni). — Im Monat Mai ist die Einfuhr und Ausfuhr weiter zurückgegangen, der Ausfuhrüberschuß beträgt 87 Millionen RM. — Von Bayern und Baden wird erneut ein allgemeines Uniform- und Demonitionsverbot erlassen (17. Juni). — Auch Hessen verbietet Demonstrationen. — In Oldenburg wird eine nationalsozialistische Regierung gebildet, Ministerpräsident wird der Landtagsabgeordnete Röder (17. Juni). — Bei den heftigen Landtagswahlen gewinnen die Nationalsozialisten fünf, die Sozialdemokraten zwei Mandate (19. Juni). — In der ersten Junihälfte ist die Zahl der Arbeitslosen um rund 14 000 auf 5 569 000 zurückgegangen. — Deutsche Kriegsschiffe hatten der freien Stadt Danzig einen Besuch ab (25. Juni). — In Berlin findet eine Konferenz der Innenminister der Länder statt. Die Stellungnahme der Länder zu den vom Reichsinnenministerium aufgeworfenen Fragen soll schriftlich erfolgen (27. Juni). — In Berlin und im Reich kommt es zu politischen Unruhen, die mehrere Todesopfer kosten. — Im Preussischen Landtag wird die politische Amnestie in dritter Lesung angenommen (24. Juni). — Im Bayerischen Landtag begründet Ministerpräsident Dr. Held die bayerische Haltung zum Uniformverbot (25. Juni).

Friedrich Theodor Vischer / Geboren am 30. Juni 1807



Es gibt heute in Deutschland eine Dutzend von Städten und Städten, die von ihrer Vergangenheit leben; das sind die verlassensten Residenzen. Lange, gerade Alleen von etwas feierlicher Heiterkeit dulden herablassend das unzufriedenere Schmauchen von Hunderten neugieriger Autos, und wenn ihre hohen Kapitänen überhaupt noch blühen, so tun sie es nur in treuer Erinnerung an die Duederstadt, die spätmittelalterliche Hofkapelle. Wenn aus solchen Städten unendlich viel Menschen hervorgehen, die berufen sind, im seelischen,

weltanschaulichen oder politischen Leben ihres Volkes eine Rolle zu spielen; so ist es eben der Widerspruch zwischen dem wahren Atem der Vergangenheit, der sie in starker Distanz zum Milieu der Gegenwart auf eine romantische Zeit zurückführt, und dem wilden Sturm des Wirklichen, der sie draußen im schaffenden Leben anbläst. Es ist der Widerspruch zwischen Verdrängtheit und Notwendigkeit, der solche Menschen fähig macht und zwingt zum Kampf um Klarheit und zum positiven Wirken.

Die meisten dieser Residenzen wurden erst 1812 oder 1918 verlassen — Ludwigsburg hätte schon lange vorher seine Fürsten nach Stuttgart gehen sehen, und so gilt dies alles für die vier berühmten Lindiburgs der deutschen Geistesgeschichte, für Julius Kerner, Eduard Mörike, Friedrich Theodor Vischer und David Friedrich Strauss. Alle vier drängt die Absichtlichkeit ihrer Heimatstadt vom Gegenwartsgelächern zur Beschäftigung mit zeitlosen Dingen; Julius Kerner gerät bis in den Spiritismus hinein, die drei anderen fördern Theologie. Indes aber in Kerner und Mörike die Vertrautheit siegt und beide zu zeitgebundenen

Syrizern macht, gehören die beiden Jüngsten dem kallenden Auf ihrer bewegten Epoche; Strauß, ein fürchtloser Wissenschaftler, modernisiert mit seinem „Leben Jesu“ die Zellionswissenschaft, und Döhrer endlich bringt in geradezu fanatischer Freude an energischer Stellungnahme zur Kulturkritik, ja zur Tagespolitik vor.

Dieser Weg war gerade für Döhrer sehr und sehr schwer. Selbst wenn man abseht von den außerordentlichen Widerwärtigkeiten, die das Leben ihm bereitet: von seiner unglücklichen Ehe, vom Verlust seiner Professur, seinem Exil in der Schweiz, der sehr mühsamen Rückgewinnung einer akademischen Stellung, selbst dann bleiben noch alle die Hemmnisse, die ihm seine Persönlichkeit selbst bereitet. Denn was ihn zu kritischer Betätigung drängte und befähigte, war nicht die Abgelährtheit des ästhetisch veranlagten Menschen, nicht die Neigung zur Coleridge, nicht einmal die Weite des Blicks. Es war der typische deutsche Kleinpaatler und Eigenbrötler, wenn er „deutsch“ sagte, meinte er „schwäbisch“; er war unbulbaf gegen alle anderen Spielarten des deutschen Werdens, besonders gegen alle, was norddeutsch war; seine Form war in feiner Weise verbindlich, sondern groß bis dort hinaus, seine Feindschaft brannte oft genug mit feiner Gerechtigkeitsliebe durch, und als Maß aller Dinge galt ihm nur zu oft das eigene Ich. So war er denn auch von philiströsen Regungen nicht ganz frei: er wettet gegen die Mode, gegen die „Kleiber, in denen man nicht geht“, er wirft ausgerechnet Wilhelm Busch „Unstillsittigkeit“ vor, er peroriert den zweiten Teil des „Faust“ unter dem eindeutigen Pseudonym „Urfürst“, in reicher verkindelischer Weise. Aber er steht andererseits Gottfried Keller bei den Deutschen durch, er ist einer der besten

Köpfe des Pausparlaments, er münzt aus der Philosophie seines Lehrmeisters Hegel tausend Weisheiten für das praktische Leben und seine „Apostel“ hat heute noch Geltung; seine Schriftlosigkeit ist immer unterhaltfam, seine Kämpfe führt er mit hinreißender Ehrlichkeit durch, immer ist er ein Ganzer und nie ein Halber, und für den Krieg gegen alles Halbe darf ihm das deutsche Volk von Herzen danken.

Es ist erklärlich und bedaufernd, daß bei so bewandten Dingen erft dem Zweinhalbjahrigen sein größter Wurf gelingt: der Roman „Auch einer“. Hier hat Döhrer die Formel für sein eigenes Wesen gefunden; hier wird, in einer manchmal abrupten Mischung zwischen Lebensweisheiten Hegelscher Probenienz und sturlem Humor Jean Paulscher Prägung, die Komik und die Tragik dargestellt des Sonderlings, der der Allgemeinheit dienen will, und des Weltanschauers, der politisch wirken möchte. Ihm klebt hat wohl auch der erste von des frühesten Buches noch in heute einem Klang: einer Zeit, in der Politik ohne Weltanschauung das gute Recht und die Sittlichkeitsbefähigung jedes Staatsbürgers zu sein scheinen, kann nicht deutlich genug aufgezeigt werden, daß nur aus fester, mühsam erkämpfter Weltanschauung heraus fruchtbarere politische Anteilnahme möglich ist. Wie Deutschen, die wir alle von Geburt schon Romantiker, Eigenbrötler, Kirchturnpolitiker und Grobiane sind, haben es weiß Gott besonders schwer, uns einzupassen in das Gezeß der Allgemeinheit und zum Wohl der Allgemeinen politisch zu wirken; dazu wolle „Auch einer“, der es besonders schwer gehabt und es doch geschafft hat, uns helfen!

Gerhart Herrmann Mosler.

Bartenstein: 600 Jahre

Bei jeder Jahrhundertfeier wollen die Östmarkter zunächst die enge Verbundenheit mit dem großen deutschen Völkerverbande auf der einen Seite des Korridors zum Ausbruch bringen und ferner in Dankbarkeit sich dessen erinnern, daß einst eine große Anzahl wagemutiger Pioniere aus fast allen Ecken des deutschen Mutterlandes ins Obland strömte und diesem die germanische Kultur brachte. Deutsche Ritter, Kaufleute, Handwerker und Bauern legten vor mehreren Jahrhunderten die Fundamente zu fast allen Dörfern und Städten Ostpreußens. Diese bedeutungsvolle Tatsache will die Gemeinde Bartenstein würdigen, wenn sie in ersten Weisestunden an ihre Begründung vor 600 Jahren zurückdenkt.

Bartenstein liegt im Herzen Ostpreußens. Die Zimmer, Eichen und Buche dieses Städtchens spiegeln sich auch heute noch — wie einst zur Ordenszeit — in den Silberfluten der Alle wieder, die mit ihren hochragenden, bewaldeten Stellen den schönsten Flußlauf Ostpreußens darstellt. Schon in altersgrauer Dorzeit sind die Ufer der Alle besiedelt gewesen. Germanische Stämme, die bis zur Völkerwanderung in der Östmark wohnten, bauten dort manch befestigten Hof. Als dem Wegzug der Germanen nahmen die alten Preußen vom Fluggebiet der Alle Besitz; sie errichteten hier mehrere sichere Hufeingebäude, die nach schweren Kämpfen im 15. Jahrhundert dann von deutschen Ordensrittern erobert wurden. Die Hochmeister des Ordens erkannte bald die strategische Bedeutung der Allelinie und ließen daher an besonders geschützten Stellen darunter auch dort, wo heute Bartenstein liegt — zunächst einen einfachen Stützpunkt und dann gegen Ende des 15. Jahrhunderts schließlich eine feste Burg aus Stein und Ziegeln erbauen. Mit der Errichtung eines Ordenskastells war gleichzeitig auch der Grundstein zur späteren Stadtgemeinde Bartenstein gelegt worden.

Zu Beginn des 14. Jahrhunderts, als die Einwanderung nach Ostpreußen besonders stark war, siedelten sich in Schutz der neuen Ordensburg Bartenstein zahlreiche deutsche Kolonisten an. Um das freie Rittertums errichteten die Siedler bald eine größere Zahl von Wohnstätten, so daß im Jahre 1322 der für die Besiedlung Ostpreußens sehr bedeutungsvolle Hochmeister Luther von Straußburg die bisherigen Dorfgemeinde nunmehr die Stadtrechte ver-

leihen konnte. Mit der Erteilung dieses Privilegs war die Stadt Bartenstein vor 600 Jahren auf der Lande geboren.

Glückliche Zeiten sollten im 14. Jahrhundert der neuen Stadt beschieden sein. Mit dem Erstarken des Ordensstaates wuchsen und blühten Kanndwirtschaft, Handel und Gewerbe im ganzen Preußenlande kräftig empor, so daß auch die Bürger Bartensteins, infolge der lebhaften Handelsbeziehungen zu anderen Städten, wohlhabend wurden. Ihren Reichtum brachten sie äußerlich bald zum Ausdruck, indem sie mehrere größere Bauvorhaben ausführen ließen. Zunächst wurde die ganze Stadt durch eine starke Mauer mit Türmen und Verteidigungstürmen vor feindlichen Einfällen geschützt. Ferner entstanden um den Marktplatz viele massige Bürgerhäuser; mitten in der Stadtanlage wurde ein Rathaus erbaut, das zum Teil auch als Kaufhaus Verwendung fand. Etwa um die Mitte des 14. Jahrhunderts errichtete der fromme Bürgerinn ein Gotteshaus in Form einer imposanten Basilika, die ihrer hervorragenden Architektur wegen nicht nur in der Ordenszeit, sondern selbst heute noch mit zu den besten Bauten in Bartenstein und darüber hinaus in ganz Ostpreußen zählt.

Zach dem so glänzenden ersten Aufstieg folgten für Bartenstein recht trübere Zeiten. Das für den Ordensstaat so verhängnisvolle 20. Jahrhundert brachte bereits in seinem ersten Jahrzehnt die verlorene Schlacht von Tannenberg, der dann bald die Aufhebung der eigenen Untertanen gegen die Ordensherrschaft folgte. Diese Zeit der inneren Zwietracht nutzten die Polen aus, um ganz Preußen vollends zu Boden zu werfen. Während dieser langen Misjahre wurde Bartenstein mehrfach belagert, geplündert, zum Teil zerstört und erlitt schwere Verluste an Menschen, Geld und Gut. Auch im Verlaufe der darauf folgenden Jahrhunderte war an einen dauernden friedlichen Aufstieg kaum zu denken, da nacheinander die Polen, Schweden, Tataren, Russen und schließlich die Franzosen Bartenstein schwer heimgelochten. Erst die Zeit nach den Befreiungskriegen sollte der Stadt bessere Aufstiegsmöglichkeiten bringen, und im Verlaufe des 19. und 20. Jahrhunderts ist Bartenstein nun in ganz bedeutendem Umfange über die einstigen alten Stadtmauern hinausgewachsen.

Fr. Corlier.



Bartenstein besitzt eine der schönsten alten Straßen des deutschen Ostens

Zur Zeitgeschichte

Die holländisch-belgische Zollkonvention

Mitten in den Reparationsverhandlungen hat sich in Kaufman ein wichtiges wirtschaftliches Ereignis zugetragen, das mit den Reparationen gar nichts, mit dem Wiederaufbau der Welt aber sehr viel zu tun hat. Am 20. Juni haben die Vertreter der Niederlande, Belgiens und Luxemburgs ein Abkommen paraphiert, in dem die drei Staaten sich verpflichtet haben, keine Zölle einzuführen und die bestehenden jährlich um 10 v. H. bis zu einem gewissen Niveau herabzusetzen. Neue Ein- und Ausfuhrbeschränkungen sollen nur unter ganz bestimmten Umständen getroffen werden dürfen. Schließlich noch eine bedeutende Bestimmung: der Beitritt soll allen Staaten offenstehen.

In Wahrheit handelt es sich zunächst nur um zwei Staaten, da seit 1922 Luxemburg in Wirtschaftsunion mit Belgien steht, ein Bündnis, das bis 1918 existierendes Zollunion zwischen Deutschland und Luxemburg abgelöst hat. Damit war das kleine Großherzogtum aus dem mitteleuropäischen Bereich in den westeuropäischen gerückt — zwar nicht direkt, aber doch indirekt in die französische Interessensphäre. Die neue Zollkonvention allerdings löst belgisch-Luxemburg doch wieder etwas los aus der französischen Umklammerung und ist so ein Glied einer Kette seit längerer Zeit sich bildender, auf eine gewisse Selbständigkeit gerichteten Politik Belgiens. Wenn sich die Zollkonvention nach London hin ergänzen sollte, gemäß der Osloer Tagung vom Jahre 1930, die handelspolitische Abmachungen Dänemarks, Schwedens und Norwegens mit Belgien-Luxemburg und Holland vorlieb, so würde die belgische Orientierung von Frankreich fort noch härter ausgedrückt sein. Ein bemerkenswerter Zusammenhang, der würde sich dann mit England ergeben, wo die Kaufmann Konvention sich freilich als ausgenommen worden ist. Vermitteln könnte dabei Dänemark, dem von England ansehnend besondere Berücksichtigung seiner handelspolitischen Wünsche auf der Konferenz von Ottawa zugefugt worden ist, eine Zugabe, die ähnlich Argentinien erhalten hat, das sogar einen Beobachter nach Ottawa entsenden wird. Wie es England darauf ankommt, in Argentinien den Einfluß der Vereinigten Staaten zu brechen, so soll in Dänemark der deutsche Wirtschaftseinfluß ausgeschaltet werden. Bisher kaufte Dänemark in der Hauptsache aus Deutschland, exportierte aber hauptsächlich nach England; nun da Deutschland sich gegen die dänische Küste häufiger als früher hat, soll erreicht werden — England ist in dieser Hinsicht äußert rühlig —, daß auch die dänische Küste in England erfolge.

Gewiß, die Miene, die Frankreich zu der Zollkonvention macht, ist weit weniger lebenswürdig als die Englands; großes Gefäß aber wird auch von Frankreich nicht angefahren. Welcher Unterschied zum französischen Vorgehen beim deutsch-österreichischen Wirtschaftsplan von 1931! Dabei ist die neue Aktion genau denselben Motiven entpungen wie die damalige und läuft sich auf genau dieselbe große Entwicklungsrichtung: regionale Wirtschaftsvereinbarungen von Staaten, die in einem und demselben oder einem ähnlichen Räume liegend, gleiche oder sich ergänzende Interessen haben. Der Bericht des Wirtschaftsausschusses des Völkerverbundes über seine 27. Session vom 23. Januar 1929 hat bekanntlich nachdrücklich Ausnahmen von der Meißbegünstigung auf Grund spezieller ethischer, geschichtlicher und geographischer Bedingungen ausdrücklich vorgeschlagen. Die Notwendigkeit solcher regionaler Abkommen ist, je heftiger die Weltkrise wurde, um so deutlicher erkannt worden. Auf der Europakonferenz vom September 1930 wies der damalige österreichische Bundeskanzler Schöber, ohne Widerspruch zu begegnen, darauf hin, und demnach hat der deutsch-österreichische Plan ein so fruchtbares Ende gefunden, als es zu erwarten war, daß die weitere Gestaltung, wird die neue Zollkonvention rechnen, oder deht sie sich sogar nach Skandinavien aus, die Welt darf aufmerksamer machen, mit wie anderem Maß im Falle Deutschland-Österreich gemessen wurde. Immerhin darf erwartet werden, daß die Bestrebungen auf engere wirtschaftliche Verbindung zwischen uns und Österreich und auf engere Wirtschaftsbeziehungen zum Donauraum überhaupt durch das Vorgehen Belgiens und Hollands fräftigen Auftrieb erfahren. Als Folge dieser Aktion wird aber auch endlich das Problem der Meißbegünstigungsklausel entschieden angepaßt werden müssen. Alle regionalen Wirtschaftsabkommen sind bereits in höchst betrübliche Meißbegünstigungen. Im belgisch-holländischen Falle haben die beiden Kontrahenten erklärt, sie würden, wenn ihnen aus Meißbegünstigungsverträgen Schwierigkeiten erwüchsen, diese Verträge eben kündigen, doch das ist durchaus kein kurzer Weg. Die Meißbegünstigung ist, indem sie sich gegen Regionalverträge stellt, von einem Faktor der Handelsfreiheit zu einem der Handelsbeschränkung geworden. Wenn nämlich sich innerhalb des Welt überziehenden Protektionismus Inseln mit Handelsfreiheit bilden können, so werden das Staaten, die die Deutschland angezogen sind auf größeren Wirtschaftsraum, als fortshritt betrachten müssen. Es liegt

ja auch insofern vollkommen in der Entwicklungslinie, als den großen Wirtschaftsimperien gegenüber nun auch die kleineren Staaten ihr Recht auf größeren Raum zu proklamieren beginnen. An der heutigen Großraumwirtschaft läßt sich nichts ändern, sie ist Folge des Imperialismus, er wieder Folge des Hochkapitalismus; wenn nun aber die kleineren Mächte an dieser Raumwirtschaft zu partizipieren vermögen, so ist das zwar nicht Ausmaß absoluter, aber doch relativer, heute allein möglicher Handelsfreiheit. Unter der Voraussetzung, daß dem anderen nicht ist, was dem einen recht ist, haben sich ebenfalls keine Verfallsstufen, ganz den Abwärts der belgisch-holländischen Zollkonvention zu profitieren.

Dabei erhebt sich die Frage, ob wir nicht auf daran täten, uns einzufalten. Das aber läßt sich erst nach nichterner Kalkulation beantworten. Es wird vor allem zu untersuchen sein, ob nicht die belgisch-luxemburgische, im allgemeinen mit geringeren Spefen arbeitende Schwerindustrie eine tödliche Konkurrenz für unsere ohnehin notleidende Schwerindustrie sein würde. Man müßte auch erst wissen, wie groß denn nun die neue Staatengruppe sein wird, die skandinavischen Mächte einbezogen sind oder nicht. Eines nur wird festgehalten werden müssen: wir dürfen uns durch die neue Westnordost nicht abbringen lassen von der Selbständigkeit. Erst wenn wir versichert den Südräumen wegen auf West- und Nordraum, oder wir verjüngen, beide Räume zu kombinieren. Die Welt begrüßt Frankreich, heute scheinbar nicht einermachen mit dem belgischen Vorgehen, doch letzten Endes diese Aktion, weil sie die Möglichkeit gibt, Deutschland vom Südoften und Osten nach dem Westen abzugeben. Wir sollen unsere Ausgleichsfunktion zwischen West und Ost verlieren, die einzige Gewähr einer, wenn auch geringen, ausenspolitischen Handlungsfreiheit, und sollen völlig dem Westen anheimfallen. Wir mit den auch von Italien losgelöst. Es hätte die Geschicklichkeit der strategischen Politik zu untersuchen, wenn ihr nicht solche Ziele einige Kodmittel wert wären.

Adolf Grabowßky.

Wiederaufbau Europas und deutsch-skandinavische Wirtschaft / Tagung der Gesellschaft für Weltwirtschaft

Die „Deutsche Gesellschaft für Weltwirtschaft“ hielt ihre diesjährige Tagung vom 17. bis 19. Juni in Kibitz, der alten deutschen Hauptstadt zusammen mit der dortigen „Nordischen Gesellschaft“ ab. Im Mittelpunkt dieser Verhandlung standen die Fragen des Wiederaufbaus Europas. Da hierbei ganz besonders auch die Wirtschaftsverbindungen Deutschlands mit den nördlichen Staaten eine große Rolle spielen, so war Kibitz der geeignete Ort, um zwischen Vertretern des deutschen Volkes und den nördlichen Völkern den gesamten Problemkomplex, den das Durchdringen in der Weltwirtschaft hervorgerufen hat, zu erörtern.

Im Rahmen der allgemeinen weltwirtschaftlichen Krise hat sich besonders eine scharf ausgeprägte Krise der deutsch-nordischen Wirtschafts- und Verkehrsbeziehungen herausgebildet, die von Schicksalsbedeutung für die ganze Zukunft des Ostgebietes und Deutschlands werden kann. Die nordischen Länder sind ja vornehmlich auf weltwirtschaftlichen Güterausgleich angewiesen. Während ihr Hauptabgab nach Westen ging, erfolgte ihr Einkauf bisher hauptsächlich in Deutschland, dessen aktive Handelsbilanz mit Skandinavien in den letzten Jahren etwa 800 Millionen bis 1 Milliarde RM. betrug. In den ersten drei Monaten dieses Jahres ist der deutsche Export nach den nördlichen Ländern auf beinahe ein Drittel des Umfangs des Quartals des Vorjahres gesunken. Die Sünde der skandinavischen Käufe in Deutschland ist inzwischen weiter herab gegangen. Andererseits ist aber während der letzten Monate der Import aus England nach Dänemark gegenüber dem Vorjahr um mehr als 15 v. H. gestiegen. In der skandinavischen Wirtschaft wird mit allem Nachdruck die Forderung erhoben: Kauft uns unsere Waren dort einzukaufen, wo wir unsere eigenen Güter absetzen können.

Reichsminister A. D. Oberbürgermeister Dr. Kütz legte in Kibitz als erster Vorsitzender der Deutschen Gesellschaft für Weltwirtschaft das Bekenntnis zu dem Geiste ab, der Kibitz L. G. groß gemacht habe und der jetzt in der Welt in schwerer Lebensnot verkannt wurde, der Geist der wirtschaftlichen Verbundenheit der Staaten und Völker. An diese Gebankensänge knüpfte in seinem Vortrag über „Dänemark und die Weltkrise“ Kontorchef Poulsen an, der als einer der langjährigen höchsten Beamten und ausschlaggebenden Persönlichkeiten im dänischen Außenministerium besonders dazu beufen war, den Problemkomplex lebendig darzustellen. Es dürfte überflüssig, zu erfahren, daß Dänemark, dessen Wohlfahrt nicht viel größer ist als die der Provinz Ostpreußen und dessen Bevölkerung nicht mehr als 3½ Millionen zählt, auf den Kopf des

Einwohners den größten Handelsumfah aller europäischen Staaten aufweist. Der Gesamtwert dieses Handelsumfahs ist ebenfo groß wie der ganz Auflands, halb fo groß wie der Italiens und mehr als die Hälfte des japanischen. Ein Drittel des dänischen Gesamtimportes von 2 Milliarden Nkr. kam bisher aus Deutschland, das etwa ein Fünftel aller dänischen Ausfuhrwaren abnahm. Gegen drei Fünftel des Exports Dänemarks gingen nach England. Von den Ausfuhrwerten der Weltwirtschaftskrisis in Dänemark gab Kontoroff Doulfen ein erschütterndes Bild; insbesondere die dänische Landwirtschaf, die auf Export angewiesen ist und ein Drittel des Ausfuhrertrages aus Schweinefleisch liefert, leidet schwer unter diesen krisenhaften weltwirtschaftlichen Erhellungen.

Auch der Vertreter der schwedischen Wirtschaft, Generalkonjunkt Sach, Stockholm, begann seine Ausführungen über die schwedisch-deutschen Handelsbeziehungen während der Weltkrie mit der Feststellung des starken Rückganges des Exports und Imports beider Länder, nachdem er vorher die Bedeutung der deutschen Ausfuhr nach Schweden feststellte, die während der letzten Jahre den Wert von 2½ Milliarden Kronen überschritten hatte. Aus den Darlegungen von Generalkonjunkt Sach ergab sich durchsich ein Verhältnis für die schwierige Lage Deutschlands, das durch vorübergehende außergewöhnliche Verhältnisse zu importkommenden Maßnahmen gezwungen worden sei. Es war auch interessant zu hören, wie gering doch Kreuzers Einfluß auf die gesamte schwedische Industrie war, denn die Zündholzündindustrie beschäftigt in Schweden nur 6000 Personen, was etwa 2 v. H. der Arbeiter aller Fabriken ausmacht. Bei der Telefonindustrie, die von Kreuzer abhängig war, ist der Prozentanf nicht größer. Gegenüber der Ausfuhr von 404 Millionen Kronen an Holz spielt der Zündhollexport mit etwa 5 bis 6 Millionen Kronen auch keine bedeutende Rolle. Durch die Kreuzerpreise werden daher die schwedisch-deutschen Beziehungen nicht berührt.

Angefahts des Verhältnisses, das sowohl der Vertreter Danemarks wie der Schweden der deutschen Wirtschaft entgegenbrachten, war es bedeutungsvoll, daß auf der silbernen Tagung das Präsidialmitglied des Reichsverbandes der deutschen Industrie, Direktor Hans Krämer, Mitglied des Reichswirtschaftsrates, zeigte, daß unerbittlicher Cathedra uns zu Einschränkungen des Imports gezwungen hat. So reicht unser Bestand an schwedischen Eisenerzen noch für 1½ Jahre. Auch der schwedische Export an Plastersteinen ist ganz selbstverständlich zurückgegangen, da wir gezwungen sind, unsere Straßenbauten einzuführen. Allen im Gta der Stadt Berlin ist dieser Posten um 100 Millionen gekürzt worden.

Denn nicht alle Anzeichen trügen, hat die Tagung der Deutschen Gesellschaft für Weltwirtschaft¹⁾ in Kassel manches Misverständnis zwischen Deutschland und den nordischen Staaten beseitigt.

Dr. Hans-Siegfried Weber.

Die Hessenwahl

Dem Ausgang der Wahl zum Hessischen Landtag am 19. Juni 1932 sah man nach Ausdeutung von Neuzählungen zum Reichstage mit erhöhter Spannung entgegen. Wird das politische Stimmungsbarometer eine Änderung zeigen gegenüber den Länderwahlen vom April 1932? Das Ergebnis hat die Erwartungen der besonders Neugierigen zwar nicht enttäuscht, aber auch nicht voll befriedigt. In großen Zügen hat das Ergebnis der Hessenwahl die allgemeine Entwicklungslinie in der Veränderung des politischen Weltanlasses unterhalten, wie sie schon durch die Länderwahlen vom April 1932 zum Ausdruck gekommen ist. Die Kräfte der nationalsozialistischen Bewegung ist nach im Steigen. Die Nationalsozialisten haben gegenüber der Novemberwahl 1931 um 12,8 v. H. an Stimmen zugenommen. Sie haben 44 v. H. der Stimmen auf sich vereint und von 70 Abgeordnetenstellen 32 gewonnen, haben also ihre Erfolge vergrößert, aber die erforderte absolute Mehrheit nicht erreicht. Die Stimmengewinnung der Nationalsozialisten ist zu einem Drittel auf Kosten der bürgerlichen Mittelparteien gegangen. Landvolk, Deutsche Volkspartei, Christlich-sozialer Volksdienst, Staatspartei, Volkrechtspartei und Wirtschaftspartei sind unter der Bezeichnung „Nationale Einheitsliste“ zusammengegangen, haben aber gleichwohl nur zwei Sitze gegenüber fünf Sitzen im letzten Landtage retten können. Die Deutschnationalen haben mit 1,5 v. H. der Stimmen ihren einen Sitz behaupten können. Die Kommunisten haben von ihren bisherigen zehn Sitzen drei verloren. Das Zentrum hat mit 14,6 v. H. Stimmeneanteil gegenüber 14,3 v. H. bei der letzten Landtagswahl seine bisherigen zehn Sitze behauptet. Der Stärkung der Nationalsozialisten auf Kosten der bürgerlichen Mittelparteien und der Kommunisten steht als charakteristisches Moment eine Festigung der Sozialdemokratischen Partei gegenüber. Ihr Stimmeneanteil ist auf 25,1 v. H. gegenüber 21,4 v. H. bei der letzten Landtagswahl gestiegen. Die Partei ist im Landtage mit 17 Sitzen gegenüber

bisher 15 vertreten. Nationalsozialisten und Sozialdemokraten haben ihre Stigmante vergrößert, letztere um 18,5 Sitze um 15,3 v. H. Die beiden Sitze der „Nationalen Einheitsliste“ sind je einem Volksparteiler und einem Vertreter des Landvolks zugefallen. Auch wenn diese beiden Abgeordneten mit Nationalsozialisten und Deutschnationalen zusammengehen sollten, würde die Rechte nur über 35 Sitze nationalen zusammengerechnet werden, die absolute Mehrheit verfehlen. Die Schließung für eine parlamentarische Regierungsbildung liegt also wie in Preußen auch in Hessen beim Zentrum, das sich bei allen Wahlen der letzten Jahre als unbedingt kräftigster erwiesen hat.

Bedeutungsvollerweise zeigte sich bei der Hessenwahl eine gewisse Wahlmüdigkeit, sie selbst noch handlich, aber kantschulig nicht zu rechtfertigen. Die geringere Wahlbeteiligung (76,7 v. H. gegenüber 80,9 v. H. bei der Novemberwahl 1931) ist hauptsächlich auf Wahlmüdigkeit bei der bürgerlichen Mitte zurückzuführen, deren Abgeordnete zu Vertretern politisch einflußloser Splittergruppen geworden sind.

Die auf die einzelnen Parteien entfallenden Stimmengängen und Abgeordnetensitze sind aus der folgenden Übersicht zu entnehmen. In der vergleichsweise die Ergebnisse der Landtagswahl vom 15. November 1931 gegenübergestellt sind. In der weiteren Übersicht ist die Zu- und Abnahme der Stimmen und der Sitze gegenüber der letzten Landtagswahl rechnerisch ermittelt.

Parteien	Wahl 19. Juni 1932				Wahl 15. Nov. 1931			
	Stimmengängen				Abgeordnetensitze			
	überhaupt	v. H.	überhaupt	v. H.	überhaupt	v. H.	überhaupt	v. H.
Nationalsozialisten ..	928 813	44,0	291 188	37,1	32	45,7	27	38,6
Sozialdemokraten ..	172 045	23,1	168 101	21,4	17	24,3	15	21,4
Zentrum	108 608	14,6	112 444	14,3	10	14,3	10	14,3
Kommunisten ..	82 111	11,0	106 790	13,6	7	10,0	10	14,3
Nationale Einheitsliste:								
Hessisches Landvolk ..			20 768	2,7				
Deutsche Volkspartei			18 324	2,3				
Chr.-soz. Volksdienst	25 176	3,4	16 714	2,1	2	2,9	1	7,2
Staatspartei			10 822	1,4			1	
Volkrechtspartei			1 585	0,2				
Wirtschaftspartei			—	—				
Deutschnat. Volkspartei ..	11 267	1,5	10 857	1,4	1	1,4	1	1,4
Sozialistische Arbeiterpartei	11 697	1,6	8 170	1,0	1	1,4	2	2,8
Andere Parteien	6 004	0,8	19 551	2,5	—	—	—	—
Zusammen	2 145 715	100,0	785 804	100,0	70	100,0	70	100,0
Wahlberechtigte	975 288		955 181					
Wahlbeteiligung	76,7%		80,9%					

Zu- und Abnahme der Stimmen und Sitze gegenüber der Novemberwahl 1931.

Parteien	Wahl am 19. Juni 1932	Wahl am 15. November 1931	Zu- oder Abnahme in v. H. (1931 = 100)	Wahl am 19. Juni 1932	Wahl am 15. November 1931	Zu- oder Abnahme in v. H. (1931 = 100)
	Stimmengängen	Stimmengängen		Abgeordnetensitze	Abgeordnetensitze	
Nationalsozialisten ..	928 813	291 188	+ 19,8	32	27	+ 18,5
Sozialdemokraten ..	172 045	168 101	+ 2,6	17	15	+ 14,3
Zentrum	108 608	112 444	- 3,4	10	10	—
Kommunisten	82 111	106 790	- 23,1	7	10	- 30,0
Nationale Einheitsliste	25 176	68 208 ²⁾	- 63,1	2	5	- 60,0

Ministerialrat Dr. Georg Kaifenberg.

¹⁾ Die Summe der Stimmengängen von Landvolk, D. V. P., Chr. V., St. P. und Volkrechtsp., die 1931 getrennt den Wahlkampf führten.

Blitz in die Bücher

Charakterpiegel der Deutschen in Österreich und im Reich. Wie seit 150 Jahren Reichsdeutsche und Österreicher einander sehen. Herausgegeben von Dr. A. Gattermann, Verlag Gattermann, Kempten, 5 RM.

Wie oft hört man nicht die Berliner und Wiener, die Norddeutschen und die Österreicher miteinander vergleichen. Aber wer kann bei Gebrauch von Bezeichnungen wie „echt österreichisch“ oder „echt preussisch“ wirklich aus näherer Kenntnis sprechen! Trotz aller Bemühungen der tätigen Anlaufsfreunde haben sich eben doch lächerlichen und drüben eine Menge von Vorurteilen übereinander eingegriffen! Es ist nun ungemein lehrreich und reizvoll, im „Charakterpiegel“ dem Werdegang solch summarischer Urteile zu folgen. Das erste Wort im Buch hat der Berliner Anlaufsfreund Nicolai, der auf Grund seiner Reiseerfahrungen im Jahre 1781 den Wiener ein nicht gerade freundliches oder verheißendes Denkmäl ihrer „Groß- und Sinnlichkeit“ setzte, das Schiller zu seinem Dichtern. Es dreht immer um Herd sich der Spiel! Anschlag gab und so bis in die heutigen Tage „Nachdenklichkeit“ und Schlagschlagbildung bei vielen Reichsdeutschen beim Gedanken an Wien, ja an Österreich heranzubereit. Und doch konnte schon im Jahre 1784 J. G. A. Forster, der Reisegefährte des Weltumseher Cook, von Nicolai in Wien feststellen: „Er spreche vom Charakter des Wieners, ohne zu bedenken, daß die meisten Leute, mit denen er Umgang gehabt, nicht Wiener und nicht Österreicher waren.“

Und so folgt eine gegenfällige Schau der folgenden Generationen der Vorfängersreihe: Goethe, E. Brentano, G. Werner, der Biedermeierzeit mit dem Erwachen des jungen Deutschland mit unermüdenen Zeugnissen von Grillparzer, Meynel, Kaulbach, W. Alexis, Stifter, Gutzkow und Gerwinus, dann die Zeit der deutschen Einigung von 1848 bis 1871 mit köstlichen Bekenntnissen wie von A. Grün, F. C. D. Fischer, Hamerling, Treitschke und Scheerel! Dann bringen zwei Abschnitte über den Zeitraum bis 1914 lobensreiche deutsche Zeugnisse über Österreich von Männern wie Klärenberger, Kobenberg, Kindau, E. Cooma, Hoffmannsthal, Rainz, R. F. Bartsch u. a.

Im Hinblick auf die erschütternden weltweiten reichsdeutschen schicksalhafte über die „Österreicher“ im Krieg wird der folgende Abschnitt „Ich war ein Kameraden“ besonders gewichtig. Darinnen kommen Hindenburg und Conrad von Hörsing, General Pitreich und General von Cramon, R. G. Binding und Wildgans, Rosegger und J. Kurz, General Krauß und Nimra in sehr glücklich gewählter Zusammenfassung zu Wort. — Und der letzte Abschnitt

„Deutschland, Deutschland...“ verfindet mit Stimmen von Kolbenheyer, G. Hauptmann, Kleinwachter, Spengler, Graf Keyerling, Bredt und verschiedenen Stimmen der Jugend die Schicksale und den Willen der Gegenwart zur gesamtdeutschen Einheit.

Das ganze Buch ist eine erstaunlich reichhaltige Schau der deutschen Zeit von Österreich und dabei fast unangenehm in der vergleichenden Problematik, so gut in der sehr sorgfältigen Fügung des Begleitertes, daß man den jungen Verlag beiläufig wünschen muß. „Der Charakterpiegel“ wird als volkreiche Interessiertere sowie die Historiker, Geographen und Volkskundler erfreuen, er füllt eine empfindliche Lücke in der Österreich-Literatur, ist für die reichsdeutschen Reisenden in Österreich ein unentbehrlicher Schlüssel zum Verleben tieferer Zusammenhänge, er gibt höheren Schulen die Unterlagen zu ungemein denkwürdigen Übungen in Form des Arbeitsunterrichts und ist ein unentbehrliches Werkzeug aus dem Wege zur deutschen Einheit.

Dr. S. I.

Zusatzdruckliche Vorträge der Technischen Hochschule Stuttgart. Herausgeber: Prof. Dr. E. Wunderlich. Band 1: Frankreich (57 S.), 2 RM., Band 2: Indien (94 S.), 4 RM., Band 3: Italien (54 S.), 2 RM. Verlag Fleischhauer & Spohn, Stuttgart.

Es ist ein verdienstvolles Unternehmen der Technischen Hochschule Stuttgart und besonders ihres Geographen Prof. Dr. E. Wunderlich, in „Zusatzdrucklichen Vorträgen“ sorgfältig ausgewählte Sachfächer in einer Betrachtungsweise, welche sich an Länder der Welt. Nicht nur den Studierenden, sondern jedermann sind diese Vortragsreihen (unentgeltlich) zugänglich. So bildet diese gute Form von „university extension“ ein wertvolles Glied in der staatspolitischen Volksbildung. Besonders erfreulich ist es, daß die materielle Möglichkeit zur Drucklegung der Vorträge und damit zu weiterer Wirksamung besteht. Die drei vorliegenden Bände sind durchaus wertvolle Beiträge zur weltpolitischen Literatur, wenn auch die Vielzahl der Mitarbeiter eine gewisse Ungleichwertigkeit der Einzelabhandlung unvermeidlich macht. Die Mitarbeiter sind: Band 1, Franke; Prof. Dr. Schreyer, Dr. B. Dietrich, Prof. Dr. W. Vogt. Band 2, J. N. H. Prof. Dr. Kraus, Prof. B. Sartar (Kalkutta), Dr. A. Nabel, Prof. Dr. Haushofer. Band 3, Italien: Prof. Dr. Greim, H. Klein (Berlin), Prof. Dr. Hoffinger.

Chr. K. O.

Deutsche Luftfahrt

Kaum sind die Daten des Flugbootes „Do X“ etwas in den Hintergrund getreten, da wird unsere Aufmerksamkeit aufs neue auf die deutsche Luftfahrt gelenkt durch den Jahresbericht für das Jahr 1931, den die Deutsche Luft Hansa der Öffentlichkeit unterbreitet. Stellen wie das Wichtige gleich an den Anfang: Die Sicherheit des deutschen Luftverkehrs ist weiter gestiegen, sie ist heute doppelt so groß wie die der amerikanischen Luftschiffahrt. Die Zahl der Unfälle hat sich beträchtlich verringert. Entfiel noch im Jahre 1926 je ein Flugzeugunfall mit Personenschaden auf 426 550 km, so war die Zahl der Kilometer 1930 auf 1 510 445 gestiegen, um sich im Jahr darauf mit 2 892 574 km noch wesentlich günstiger zu stellen. Die Regelmäßigkeit des Dienstes konnte von 90 v. H. im Vorjahre auf 95 v. H. im Berichtsjahr verbessert werden. Diese Steigerung ist in der Hauptsache den technischen Fortschritten zu danken, die in der Überwindung des schlechten Wetters durch Windstöße und Peilung gemacht wurden. Der Flugzeugpark der Gesellschaft bestand zu Ende des Jahres 1931 aus 141 Flugzeugen neuester Bauart, unter denen sich 43 mehrmotorige Großflugzeuge befanden. Neu in den Dienst genommen wurden 19 Flugzeuge und 75 Motore. Die Unkosten konnten um zwei Millionen herabgesetzt werden, während die

Einnahmen nur um 1,2 Mill. RM. zurückgingen. Der Verringerung der Einmachten um 4,5 v. H. steht demnach ein Rückgang des Aufwandes um 8,1 v. H. gegenüber. — In dem Geschäftsjahr heißt es, daß das vom Reichstag gebilligte Programm des Reichsverkehrsministers für die Jahre 1930 bis 1932 sich auf die stetige Entwicklung des Unternehmens günstig ausgewirkt habe. Die Internationalisierungsvorschlüge, wie sie auf der Abrüstungskonferenz gemacht wurden, werden von der Deutschen Luft Hansa schon aus Wettbewerbsgründen abgelehnt. — Im europäischen Verkehr hat die Zahl der Flüge um fast 6 v. H. zugenommen. Auch der Gepä- und Frachtoverkehr kann eine Steigerung verzeichnen, nur die Post leidet ihren Tribut an die Krise: mit 17 v. H. ist sie hinter den Beförderungsanstreben des Vorjahres zurückgeblieben. Das innerdeutsche Streckennetz wurde wiederum auf Grund neuer Erfahrungen erheblich verbessert. Im außereuropäischen Dienst brachten die Südatlantische günstige Ergebnisse. Die Gesellschaft kann hier sogar einen Gewinn von über 90 v. H. verzeichnen. Der für das Krisenjahr günstige Bericht läßt hoffen, daß die Luft Hansa auch weiterhin Herrin der Lage bleibt und die in dem Bericht aufgezeigte gesunde Entwicklung weiter fortsetzen kann — in diesem Jahr und in den kommenden Jahren. hrg.



Dr. Bornier, der Erbauer des Do X (Scherenschnitt von Hermann Straub, München)

Oberbetten

Nur Beamen u. Festbesoldeten
helem wir sel 100% druck ab unserer Fabrik

Unterbetten, Plumeaux
Kissen, Federn u. Daunenn

Strenge vertraulich ohne Anbahnung gegen
0 Monate Ziel und monatliche Raten
Erste Rate 1 Monat nach Lieferung
Jedes Bett wird nach geteilterm Wahl für
jeden Kunden besonders angefertigt!
Minderwertige Ware führen wir nicht
Auch Sie werden bestaunt unser Kunde
Verlangen Sie kostenlos Muster und Preisliste

Gebr. Passmann A.-G.
Größtes Spezialgeschäft Deutschlands
Musterlager Köln Trierer - Str. 13

Lt. amt
notarieller
Bestätigung:
1. Über 50.000 Kunden
2. Mehr als 10000 Kunden
3. Über 100000 Kunden
haben zum 7. Mal
wält. nachbest.



Deutschem Schicksal an der Saar!

gilt noch das Ringen, in dem
deutsche Arbeiter und deutsche Schwei-
ßer unter einer Fremdherrschaft
im Saargebiet hängen. 12 Jahre
nach dem Versailles Diktat ist noch
schweres Bedenken noch darauf ge-
richtet, deutsches Land von
Deutschen Feinde zu tren-
nen! Die Arbeiter sollen Ver-
strebens kann nur gelingen, wenn jeder Deutsche für die
Deutschhaltung des Saargebietes mit einheitl
Aber die Weltweit Aber das deutsche Sozialist und sein Schicksal
unter der Fremdherrschaft müssen will, lese die reich illustriert

Ausführungspreis

„Deutsch die Saar immerdar — heißt die deutsche Saar befreien!“

Sie beziehen von der Geschäftsstelle „Saar-Berein“, Berlin SW 11,
Streifenmattstraße 42, zum Preise von 1,50 Mark. Wer sich fortläu-
fend über die politischen und wirtschaftlichen Verhältnisse im Saar-
gebiet orientieren will, lese die Halbmonatshefte des Bundes
der Saarvereine

„Saar-Freund“ mit illust. Beilage „Saar-Heimatbilder“.

Abonnementpreis 1,50 Mark vierteljährlich. Bestellungen nimmt
jede Postanstalt (Postzeitungsliste Nr. 218) entgegen.

Die Geschäftsstelle Saar-Berein und der Bund
der Saarvereine sind die einzige Saarheimat-
Schutzorganisation im Reich. Erwerbe die für-
bernde Mitglieberschaft und Ihre urem einer
— wahrhaft deutschen Sache!

Anmeldungen und Anfragen sind an die Geschäftsstelle „Saar-
Berein“ Berlin SW 11, Streifenmattstr. 42, zu richten.

Korbmöbel ab Fabrik



Telldahlung bis 10 Monate. Franks-Liefer-
nung. Anbahnungsleistung. Schlager:
3 teilige Polstergarnitur RM 27,90.
Reichhaltiger Katalog gratis.

Korb- u. Möbelfabrik Böh m
Oberlangenstadt 137, Lehenfels-Land



Nordsee
Jugendlager
Klapphafftal
Sylt
1 Erw. und Kinder
niedrige Preise

Bei festl. Gelegenheiten
will man einen gut. Mosel-
wein in Ehren genießen.
Wir liefern unsere be-
rühmt. Standardmarken
auf direktem Wege, dar-
über größte Erparnisse.
Probe u. Sort. Versuchs-
geg. d. Invert kostenlos.
Wolke Horeien
F. d. W. Schmalzgen
Borcastel 60 (3 Mones)

Notverkauf!

1. Anzug-Stoffe
Man und gran Wol-
kammars 4 Meter
RM. 6,50 und 8,50
Unverbländiche
Musterehendung
will gern zugesandt!
Gerard Textilfabrikation
G. u. K. R. Gern, Post. 12

Ein viel beachteter Beitrag zum Auswanderungsproblem!

**DIE
MÖGLICHKEITEN
DEUTSCHER
AUSLANDSIEDLUNG**



Antworten auf
fragen zur
Auswanderung
von Dr. Max Größer

Die überseeische Auswanderung deutscher Menschen hat in
unsere Tagen in ihren wirtschaftlichen und finanziellen
Unterlagen, ihren Zielländern und ihrem Umfang, ihren Hoff-
nungen und Aussichten solch beachtenswerte Wandlungen er-
fahren, daß die neue Situation zu einer Aufforderung wird, die
entsprechenden Probleme auch vor einem breiteren Auditorium zu
besprechen. Von den vielen Fragen der Auswanderung ist in
diesem Buch nur die landwirtschaftliche Siedlung im
Auslande einer kritischen Prüfung unterworfen, weil sie in
diesem Augenblick infolge der Wirtschaftskrise und der Ein-
wanderungspolitik amerikanischer Länder für den wenigbemittel-
ten Auswanderer fast die einzige solide Aussicht bietet und an-
dererseits aus mancherlei Gründen dem deutschen Volk und
besonders dem Freund des Auswanderers ernste Aufgaben stellt.
Wir meinen, daß die aufschlußreiche Schrift von allen ge-
lesen werden sollte, die in Staat und Kommunen, Ständesorgani-
sationen und Vereinigungen von Amts wegen berufen sind, Ar-
beitslosen und Jugendlichen den Weg in die Zukunft zu weisen.
Freunde des Auslanddeutstums und des kolonialen Gedankens
werden ebenfalls Belehrung und Anregung finden.

AUS DEM INHALT:

Die Krise der deutschen Überseeauswanderung als Berufsfrage. | Verdimmerung der deutschen
kolonialistischen Fähigkeiten. | Zielländer heutiger deutscher Auslandsiedlung. | Finanzielle
Grundlagen der Auslandsiedlung. | Statistische Analysen und Leistungen zur Auslandsiedlung. |
Republiken höherer deutscher Auslandsiedlung. | Zur Art der überseeischen Siedlung. | Ziel
und Bedeutung der Auslandsiedlung.

Dieser besonnene, sachkundige und wegweisende Führer zur Auswanderung
ist zu beziehen durch jede Buchhandlung oder direkt.

60 Seiten Preis nur 1,50 RM.
Zentralverlag G. m. b. H., Berlin W 35, Potsdamer Str. 41. Festsprecher: B 1 Kurfürst 2881. Festsprechkonto: Berlin 759 95.



ÜBERSEE- UND KOLONIAL-ZEITUNG

43. Jahrgang

Das führende Kampforgan für deutsche Kolonialpolitik

Das kolonialwirtschaftliche Nachrichtenblatt für Industrie und Handel

Die Monatsschrift des Kolonial- und Auslandsdeutschen

Die aktuelle koloniale Bilderzeitschrift

Bezugspreis: Ausland jährlich 9,— Mk. Inland 8,— Mk. einschließlich Zustellung. / Mitglieder der Deutschen Kolonialgesellschaft Vorzugspreise / Lassen Sie sich kostenlos Probenummer zusenden durch den Verlag:

**Deutsche Kolonialgesellschaft
Berlin W 35, Am Karlsbad 10**

Lehrer und Lehrerinnen, welche sich dem
Auslandsschuldienst
widmen wollen, lesen

Die deutsche Schule im Auslande Monatsschrift für deutsche Erziehung in Schule und Familie

Herausgegeben von Prof. Dr. Hettich in Mailand in Verbindung mit Direktor Dr. Gaster, Berlin und Rektor Georg Reisinger, Rom.

Organ des „Verbandes deutscher Auslandslehrer und -Lehrerinnen“
24. Jahrgang. Preis halbjährl. 4,— RM, Ausland 4.50 RM

Seit vielen Jahren erste und einzige Zeitschrift ihrer Art. Pflegt die Standesinteressen des deutschen Auslandslerners und wendet sich sowohl an seminaristisch wie akademisch vorgebildete Lehrerkreise. Stellt für die Draußenstehenden die Verbindung mit dem heimischen Schulwesen dar und baut die Brücken zum Verständnis der Kräfte, die heute in Deutschland an der Umgestaltung der Schule und ihrer Methoden im Werke sind. Erfüllt ferner die bedeutsame Aufgabe, die deutsche Öffentlichkeit und die deutschen Berufsorgane über das kulturelle Leben unserer Auslandschulen und über die Rolle, die der Auslandslehrer als Vermittler dieser Kultur weit über den Rahmen der Schule hinaus zu spielen berufen ist, aufzuklären.

Probefrühe erhalten Sie kostenlos von

Heckners Verlag (Dr. H. Wessel) Wolfenbüttel

Die Aufklärung über die Haltung der französischen Regierung in Lausanne und Genf in dem soeben erschienenen Buche:

Dr. Karl Schwendemann

Frankreich

180 Seiten, 26 Karten und Schaubilder. Preis gebd. **5.40 RM.**

Doppelband 27/8 der „Weltpolitischen Bücherei“.

Der Autor ist den Lesern des „Heimatdienst“ aus vielen Aufsätzen bekannt. Zum erstmaligen werden in diesem neuen Buche Schwendemanns im Zusammenhang die politischen Grundkräfte Frankreichs aufgezeigt, die politischen Parteien und die geistigen und wirtschaftlichen Strömungen, die ihnen zugrunde liegen, geschildert und **Frankreich als außenpolitischer Faktor in seiner Gesamtheit und in seinen Zielsetzungen und Methoden dargestellt.**

Bestellen Sie sofort dieses aktuelle Buch.

Verlangen Sie Sonderprospekte der Weltpolitischen Bücherei u. des Doppelbandes 27/8.

**Zentralverlag G. m. b. H., Berlin W 35,
Potsdamer Straße 41**

VEREINIGTE

Durch die Tat

beweisen wir den Wert der Krankenversicherung bei unserer Gesellschaft. Allen Anfeindungen zum Trotz verteilen wir alle Überschüsse des Jahres 1931 **von mehr als 2 Millionen Mark** restlos an unsere Versicherten und geben den Versicherungen, welche im vergangenen Jahre schadensfrei geblieben sind

wieder 4 Monatsprämien als Dividende.

Durch diese hohe Gewinnbeteiligung bieten wir tatsächlich die

billigste Krankenversicherung.

Wir zahlen fortlaufend an Versicherungsleistungen **täglich ca. 60 000 Mark.**

Unsere Gesamtleistungen seit 1924 belaufen sich auf **über 110 Millionen Mark für Krankheitskosten, über 10 Millionen Mark für Versicherten-Dividende.**

Vereinigte Krankenversicherungs-Aktiengesellschaft
(vormals Gedeveg, Kosmos und Selbsthilfe)

Verlangen Sie kostenlos und ohne jede Verbindlichkeit Prospekt und Aufnahmeschein durch das Spezialbüro für die Beamtenverbände

**OTTO MACK, BERLIN O 17,
Am Ostbahnhof 12.**